

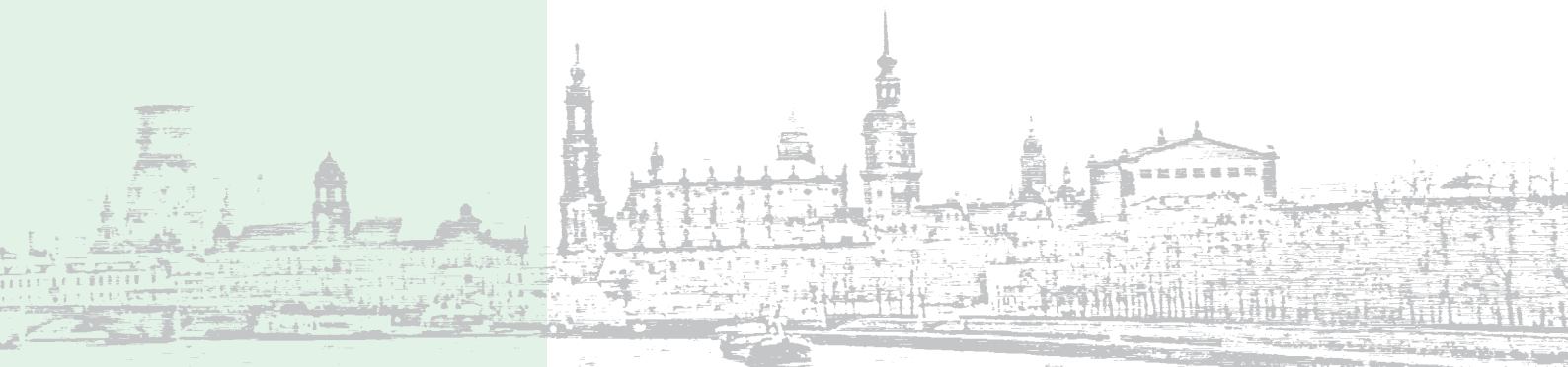
ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2005/2006
- *Thomas Kiessl, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz*
Ostdeutsche Unternehmen betrachten EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Skepsis
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da

Im Blickpunkt

- *Michael Berlemann und Marcel Thum*
Mittelfristige Perspektiven der Ost-West-Konvergenz



13. Jahrgang (2006)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Michael Berlemann

Technische Leitung: Carsten Pohl

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2006

Aktuelle Forschungsergebnisse

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2005/2006 3

Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt

Die ostdeutsche Wirtschaft ist nach einer Schwächephase im Frühjahr 2005 wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt. Ostdeutschland befindet sich gegenwärtig wie Deutschland insgesamt im konjunkturellen Aufschwung. Die für das Jahr 2006 prognostizierte wirtschaftliche Belebung dürfte allerdings nicht stark genug sein, um eine Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt bewirken zu können. Im Freistaat Sachsen wird die Wirtschaftsleistung 2006 vermutlich etwas stärker zulegen als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer.

Ostdeutsche Unternehmen betrachten EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Skepsis 15

Thomas Kiessl, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz

Während sich der Warenverkehr innerhalb der Europäischen Union deutlich intensiviert hat, hängt der EU-weite Austausch im Dienstleistungsbereich noch stark zurück. Als ursächlich hierfür wird die Existenz einer Vielzahl länderspezifischer nicht-tarifärer Hindernisse angesehen, deren Abschaffung durch die Vollendung des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen neue Wachstums- und Beschäftigungspotenziale eröffnen soll. Welche Chancen und Risiken west- und ostdeutsche/sächsische Dienstleistungsunternehmen mit der stärkeren Öffnung der Dienstleistungsmärkte in Europa verbinden, wird in diesem Beitrag nach einer überblicksartigen Einführung in die Thematik mittels der Ergebnisse einer Sonderumfrage des ifo Instituts zur EU-Dienstleistungsrichtlinie dargestellt.

Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da 27

Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft ist im konjunkturellen Aufschwung. Zugpferd ist die Auslandsnachfrage; auch der Investitionsmotor ist angesprungen. Allerdings ist der private Konsum noch schwach. Im Jahresdurchschnitt 2006 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen, kalenderbereinigt um 1,9 %. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nur zögernd bessern. Die Inflationsrate dürfte mit 1,7 % etwas niedriger sein als im vergangenen Jahr.

Im Blickpunkt

Mittelfristige Perspektiven der Ost-West-Konvergenz 34

Michael Berlemann und Marcel Thum

Gelingt es Ostdeutschland, den stetigen Aufwärtstrend im industriellen Sektor zu halten, und kommt der strukturelle Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft demnächst zu einem Ende, so kann der Konvergenzprozess wieder etwas an Fahrt aufnehmen. Damit es zu einer solchen Konvergenz in Zukunft wieder kommen kann, wird es für Ostdeutschland zudem wichtig sein, frühzeitig auf die Konsequenzen des absehbaren demographischen Wandels und das in Zukunft absinkende Transfervolumen zu reagieren.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich 40

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest 42

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen	46
ifo Vorträge	46
ifo intern	47

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Ostdeutschland und Sachsen 2005/2006

Beate Grundig, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Die ostdeutsche Wirtschaft ist nach einer Schwächephase im Frühjahr 2005 wieder auf ihren Wachstumspfad zurückgekehrt. Ostdeutschland befindet sich gegenwärtig wie Deutschland insgesamt (vgl. den Beitrag von Nierhaus in diesem Heft, S. 27) im konjunkturellen Aufschwung. Die für das Jahr 2006 prognostizierte wirtschaftliche Belebung dürfte allerdings nicht stark genug sein, um eine Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt bewirken zu können. Im Freistaat Sachsen wird die Wirtschaftsleistung 2006 vermutlich etwas stärker zulegen als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer.

Im vorliegenden Beitrag werden die eingangs kurz zusammengefassten Ergebnisse der aktuellen ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen vom 20. Dezember 2005 ausführlicher vorgestellt. Zunächst wird die wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland und Sachsen im abgelaufenen Jahr beleuchtet. Anschließend werden die Eckdaten der Prognose für das Jahr 2006

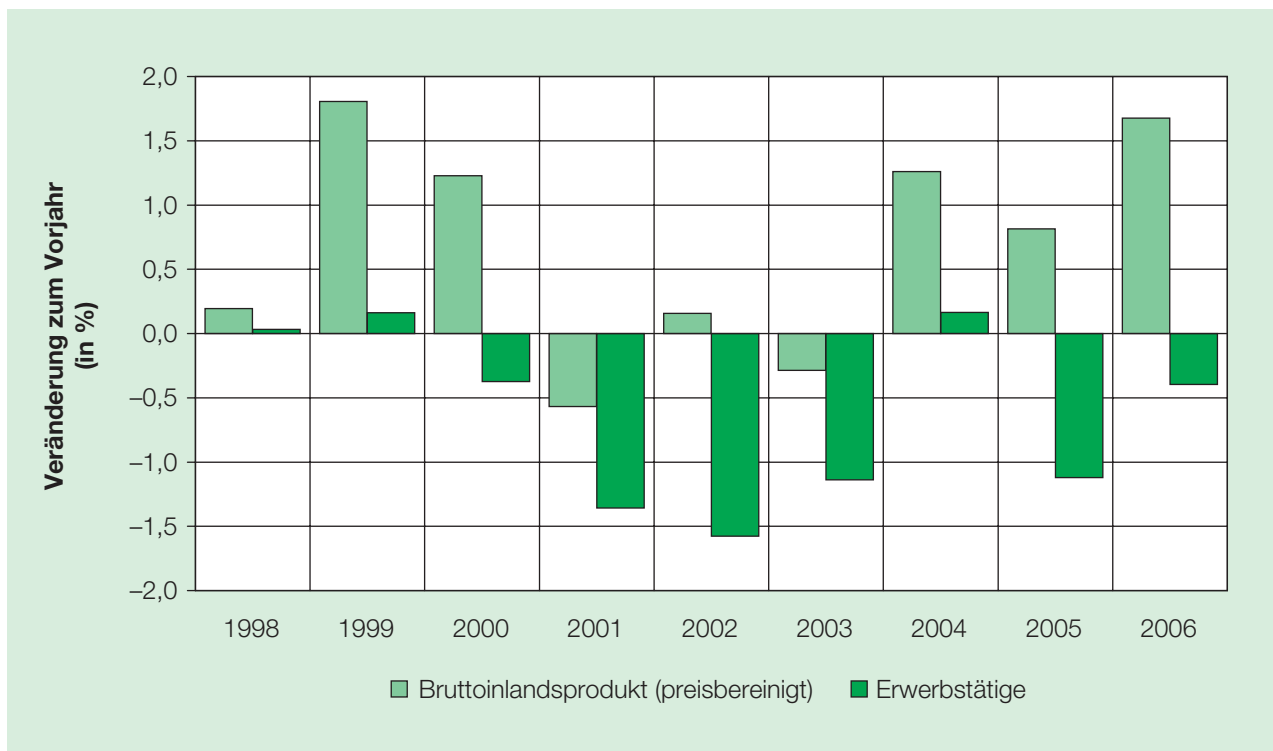
vorgelegt. Das verwendete Prognoseverfahren wird in einer Box skizziert. Schließlich liefert der Beitrag eine Beschreibung der wichtigsten Entwicklungen am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt.

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland 2005

Auch im abgelaufenen Jahr 2005 ist die ostdeutsche Wirtschaft, gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP), gewachsen. Die Wachstumsrate des Vorjahres, die 1,3 % betrug, konnte aber nicht wieder erreicht werden. Gemäß der aktuellen Hochrechnung des ifo Instituts betrug das BIP-Wachstum 2005 in Ostdeutschland 0,8 % (vgl. Abb. 1).¹

* Beate Grundig und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter und Beate Schirwitz ist Doktorandin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin)



Quellen: Bruttoinlandsprodukt 1998 bis 2004: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006: Prognosen des ifo Instituts; Zahl der Erwerbstätigen 1998 bis 2005: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2006: Prognose des ifo Instituts.

Bereits mit der Veröffentlichung der Halbjahresergebnisse zum BIP durch den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Länder deutete sich an, dass die vergleichsweise hohe Wachstumsrate des Jahres 2004 verfehlt werden würde. Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen in Berlin, Brandenburg und Sachsen waren zu diesem Zeitpunkt sogar deutlich zurückgegangen. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Umsatzzahlen wichtiger Branchen wieder. Insbesondere führte die schlechte Witterung in Folge des lang anhaltenden Winters im ersten Quartal im Bauhauptgewerbe zu einem Umsatzeinbruch von mehr als 20 %. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen die Umsätze in diesem Zeitraum zwar, jedoch weniger stark als noch im Vorjahr.

Diese ungünstige Entwicklung setzte sich aber im weiteren Verlauf des Jahres nicht fort und konnte teilweise sogar kompensiert werden. So gingen im **Bauhauptgewerbe** beispielsweise die Umsätze in den Folgemonaten zwar weiter zurück, jedoch weniger stark als dies 2004 der Fall war. Wie im Blickpunktartikel dieses Hefts (vgl. S. 34) ausgeführt wird, sollte diese Entwicklung jedoch nicht bereits als Ende des Schrumpfungsprozesses in der ostdeutschen Bauwirtschaft gedeutet werden, sondern vielmehr als eine witterungsbedingte Umverteilung der Arbeiten im Jahresverlauf. Insgesamt rechnet das ifo Institut damit, dass die Bruttowertschöpfung in

jeweiligen Preisen im ostdeutschen Baugewerbe im Jahr 2005 um 8,8 % zurückgegangen ist.

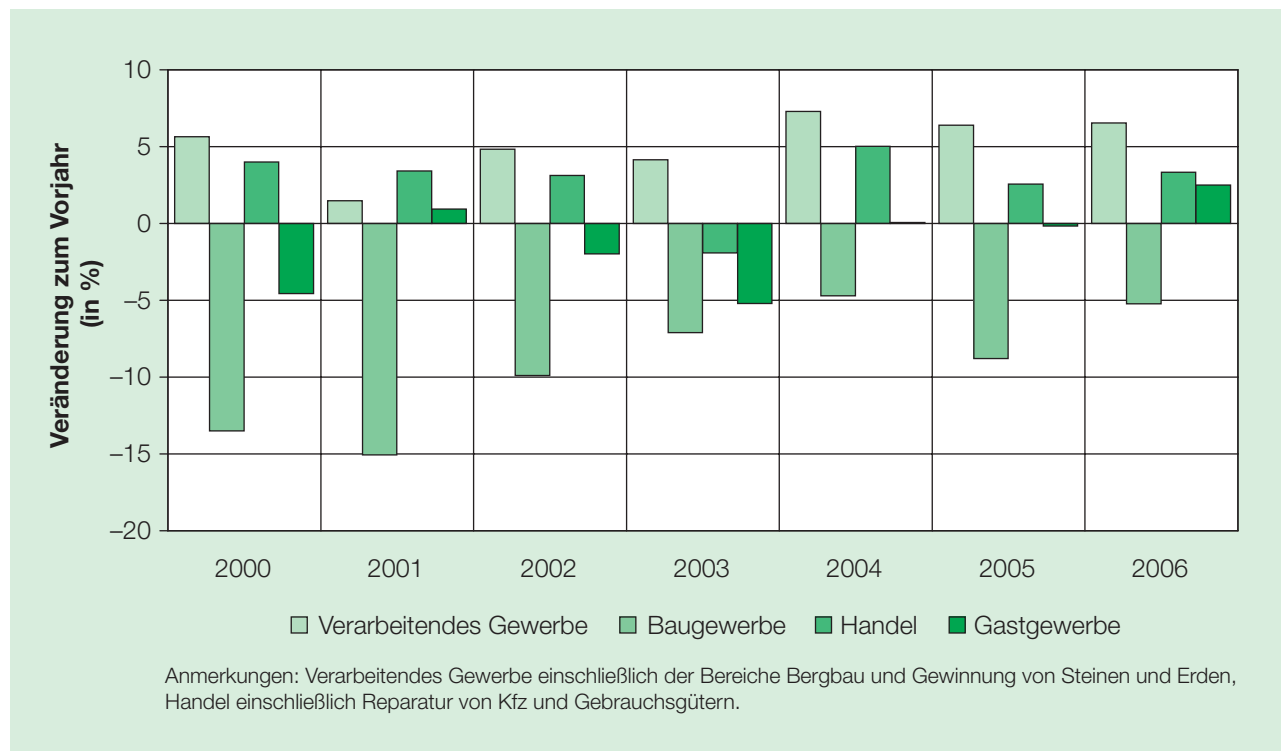
Abgesehen von einem leichten Rückgang im März haben sich die Umsätze im **verarbeitenden Gewerbe**² im Jahr 2005 robust entwickelt. Im Gegensatz zum Vorjahr sind die Umsätze konstanter gewachsen, damit fehlen aber neben Monaten mit schwächerer Entwicklung vor allem solche, in denen Wachstumsraten im zweistelligen Bereich erreicht wurden. Das ifo Institut erwartet für das Jahr 2005 mit dann 6,4 % einen etwas geringeren Anstieg der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands als 2004 (vgl. Abb. 2).

Im ostdeutschen **Handel**³ dürfte die Bruttowertschöpfung 2004 etwa um 5 % gestiegen sein. Die erzielten Umsätze 2005 deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung im abgelaufenen Jahr etwas abgeschwächt hat. Vor allem im Großhandel sind die Umsätze weniger stark gestiegen als im Vorjahr. Das ifo Institut rechnet für 2005 mit einem Wachstum der Bruttowertschöpfung im Handel von 2,6 %.

Der Umsatz im ostdeutschen **Gastgewerbe** bewegte sich 2005 in etwa im Bereich des Vorjahres. Insgesamt ist von einem leichten Rückgang der Bruttowertschöpfung in diesem Sektor um 0,2 % auszugehen.

Obwohl die Bruttowertschöpfung in vielen Teilbereichen der Wirtschaft gewachsen ist und auch von einem

Abbildung 2: Veränderung der nominalen Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft (mit Berlin)



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006 (Handel und Gastgewerbe 2003 bis 2006): Hochrechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

Anstieg des BIP um 0,8 % auszugehen ist, hat die Zahl der ostdeutschen Erwerbstätigen 2005 nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder um 1,1 % abgenommen. Der Grund hierfür ist, dass das Wachstum vor allem in kapitalintensiven Sektoren mit hohen Produktivitätszuwächsen wie dem verarbeitenden Gewerbe entsteht, während arbeitsintensive Bereiche wie das Baugewerbe stark schrumpfen. Daher gleichen sich Beschäftigungsgewinne und -verluste in der Gesamtwirtschaft derzeit nicht aus.

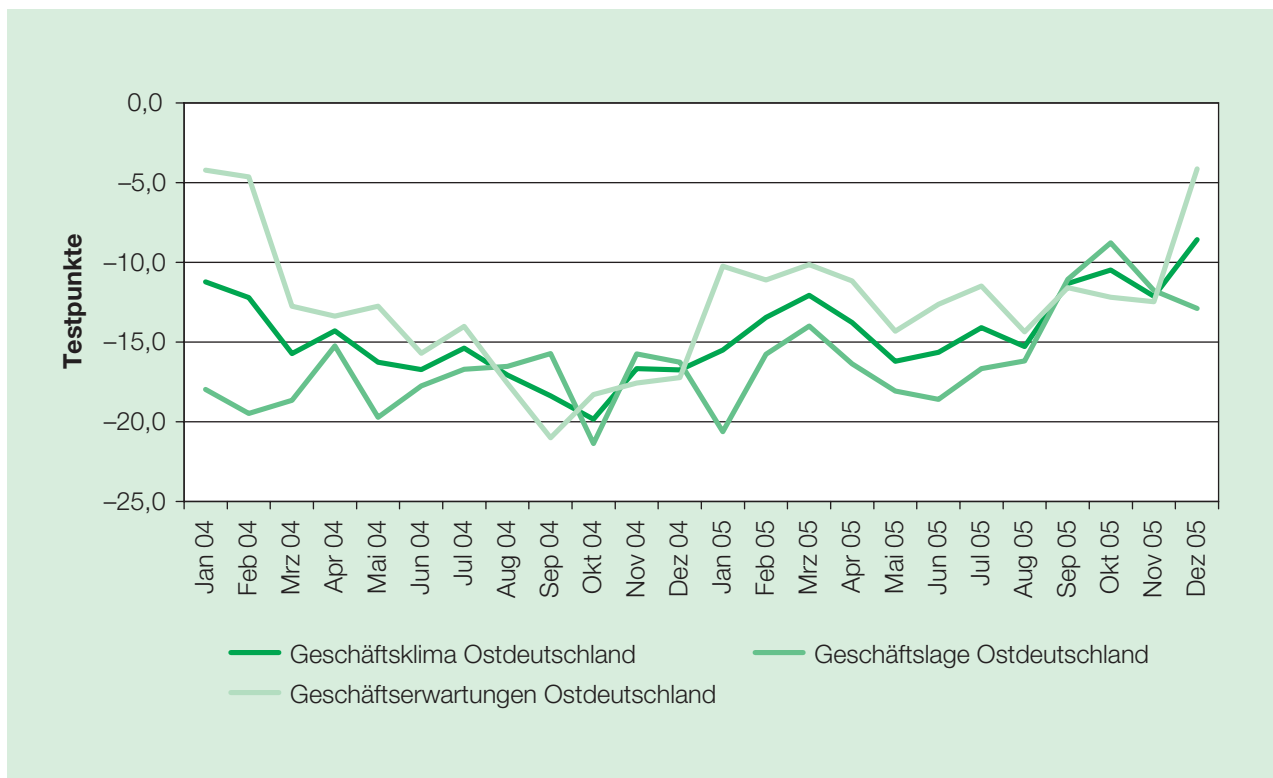
Prognose Ostdeutschland 2006

Für das aktuelle Jahr 2006 erwartet das ifo Institut eine spürbare Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Darauf deutet auch das Ansteigen des ifo Geschäftsklimaindikatoren für die gewerbliche Wirtschaft und seiner Komponenten am Ende des abgelaufenen Jahres hin (vgl. Abb. 3).⁴ Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate haben sich im Dezember 2005 noch einmal kräftig verbessert. Damit hielten sich die optimistischen und die pessimistischen Erwartungen fast die Waage, wenn auch die negativen Einschätzungen noch leicht überwiegen. Auch die

Geschäftslage wurde von den befragten Unternehmen am Jahresende deutlich positiver beurteilt als noch zu Jahresbeginn. Diese Verbesserungen werden sich 2006 in einer Kräftigung der ostdeutschen Wirtschaft niederschlagen.

Der Prognose des ifo Instituts zufolge wird das **verarbeitende Gewerbe** weiterhin stetig wachsen und die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich im Jahr 2006 um 6,5 % zunehmen. Im **Baugewerbe** wird sich die Schrumpfung der vergangenen Jahre voraussichtlich fortsetzen, wenn auch mit etwas abgeschwächter Dynamik. Hier rechnet das ifo Institut mit einem Rückgang um 5,2%. Der **Handel** dürfte in diesem Jahr zumindest kurzfristig von vorgezogenen Käufen in Anbetracht der geplanten Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 profitieren. Auch die Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland wird dazu beitragen, dass die Bruttowertschöpfung in diesem Bereich 2006 voraussichtlich um 3,3 % steigen wird. Von diesem Ereignis dürfte auch das **Gastgewerbe** in Ostdeutschland profitieren, das eine Bruttowertschöpfungszunahme von 2,5 % erwarten kann. Insgesamt rechnet das ifo Institut für Ostdeutschland mit einer Zunahme des BIP um 1,7 %. Dennoch wird auch in diesem Jahr die Anzahl der Erwerbstätigen leicht zurückgehen, voraussichtlich um 0,4 %.

Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Box: Prognoseverfahren

Bei der Prognose der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaftsentwicklung ist den folgenden Besonderheiten Rechnung zu tragen:

- Für die ostdeutschen Bundesländer stehen erst ab 1991 zuverlässige makroökonomische Eckdaten zur Verfügung.
- Aufgrund der starken Friktionen in Folge des Transformationsprozesses sind insbesondere die ersten Jahre der ostdeutschen Entwicklung von starker Volatilität geprägt gewesen. Die Zahl der zur Konjunkturprognose verwendbaren Datenpunkte verringert sich hierdurch zusätzlich.
- Viele Zeitreihen stehen nicht oder nur in geringerer Frequenz zur Verfügung als für Gesamtdeutschland.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme wird zur Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der ostdeutschen Bundesländer ein dreistufiges Verfahren angewendet. Die Prognose des sächsischen BIP erfolgt analog zur Prognose des ostdeutschen BIP.

In einem ersten Schritt wird das BIP Ostdeutschlands für die Jahre 2005 und 2006 mit Hilfe eines sog. „VGR-Modells“ geschätzt. Hierzu wird zunächst die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und der Produktivität mit einem mehrjährigen Trend fortgeschrieben. Anschließend wird mit diesen Größen die erwartete zukünftige Bruttowertschöpfung ermittelt. Auch die unterstellten Bankgebühren und die Differenzen aus Gütersteuern und Gütersubventionen werden mittels eines mehrjährigen Trends bestimmt und fließen dann in die Berechnung des erwarteten Bruttoinlandsproduktes für Ostdeutschland ein. Als Ergebnis erhalten wir eine so genannte „Trendprognose“.

In einem zweiten Schritt werden dann die Ergebnisse aus dem grundlegenden VGR-Modell mit Hilfe von so genannten „ökonometrischen Satellitenmodellen“ verfeinert. Wir verfolgen hierbei eine Zwei-Säulen-Strategie: Zum einen werden Satellitenmodelle verwendet, um direkt Prognosen für die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche zu generieren. Derzeit existieren Satellitenmodelle zur Prognose der Bruttowertschöpfung in den Bereichen verarbeitendes Gewerbe (einschließlich Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden), Baugewerbe, Handel und Gastgewerbe. Diese Bruttowertschöpfungsprognosen werden dann in das grundlegende VGR-Modell eingearbeitet. Zum anderen werden mit Hilfe von weiteren Satellitenmodellen Beschäftigungsprognosen für die einzelnen

Wirtschaftsbereiche erstellt. Über die Fortschreibung der Produktivitätsentwicklung aus der Vergangenheit lassen sich dann weitere Prognosen der Bruttowertschöpfung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche generieren. Satellitenmodelle für die Beschäftigtenprognose existieren für alle Wirtschaftsbereiche. Auch diese werden in den grundlegenden VGR-Modellrahmen eingearbeitet. Im Ergebnis erhalten wir zwei so genannte „erweiterte Trendprognosen“ für das Bruttoinlandsprodukt.

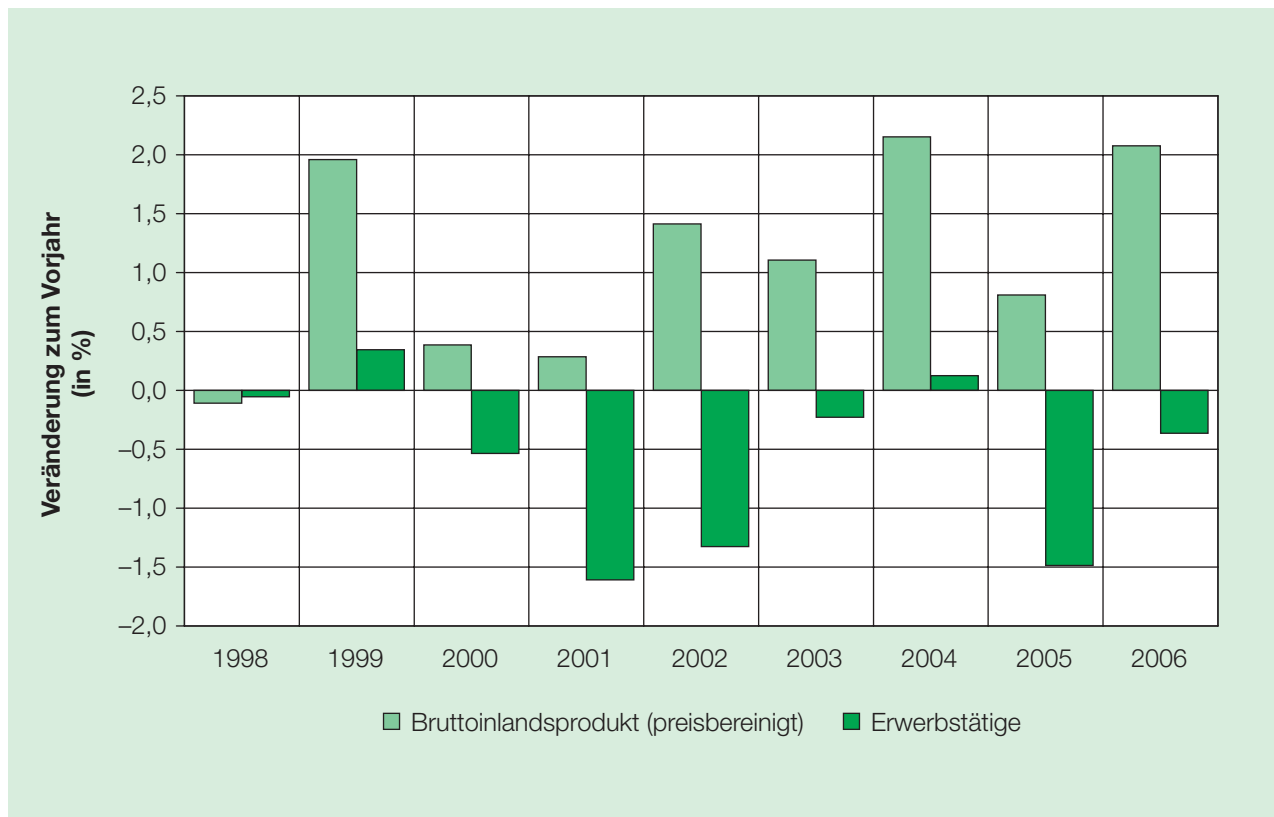
In einem dritten und abschließenden Schritt wird aus den beiden erweiterten Trendprognosen unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie in der ifo Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland zum Ausdruck kommen, zusätzlicher Informationen (z. B. über die Ansiedlung von neuen Betrieben, die Folgen der Flutkatastrophe etc.) und subjektiver Einschätzungen eine „Konsensprognose“ für die voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und der Erwerbstätigkeit entwickelt.

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Sachsen 2005

Der aktuellen Hochrechnung des ifo Instituts zufolge ist das sächsische Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr preisbereinigt um 0,8 % gestiegen. Das Wirtschaftswachstum dürfte damit ähnlich hoch wie im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer gewesen sein. Die Wachstumsdynamik der drei Vorjahre wurde aber offenbar verfehlt (vgl. Abb. 4). Dies wirkte sich auch auf den sächsischen Arbeitsmarkt aus. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist nach einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder im Jahr 2005 um 1,5 % zurückgegangen. Im Vorjahr war bei einem deutlich stärkeren Wirtschaftswachstum noch ein leichter Anstieg der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen.

Das vergleichsweise schwache Wirtschaftswachstum im Jahr 2005 ist vor allem auf die verhaltene Entwicklung zu Beginn des Jahres zurückzuführen. Nach Berechnungen des Arbeitskreises VGR der Länder nahm das sächsische Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr preisbereinigt um 0,7 % ab. Erst in der zweiten Jahreshälfte kam es wieder zu einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Darauf deuten zumindest die Geschäftslagebeurteilungen der sächsischen Unternehmen hin. In Abbildung 5 werden die im Rahmen des

Abbildung 4: Veränderungen des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Bruttoinlandsprodukt 1998 bis 2004: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006: Prognosen des ifo Instituts; Zahl der Erwerbstätigen 1998 bis 2005: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2006: Prognose des ifo Instituts.

ifo Konjunkturtests erhobenen Geschäftslagesalden für die Bereiche verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel dargestellt. In allen Bereichen ist seit Juni 2005 ein mehr oder weniger starker Anstieg zu verzeichnen. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Geschäftslage in der zweiten Jahreshälfte insgesamt besser beurteilt worden ist als in der ersten Jahreshälfte.

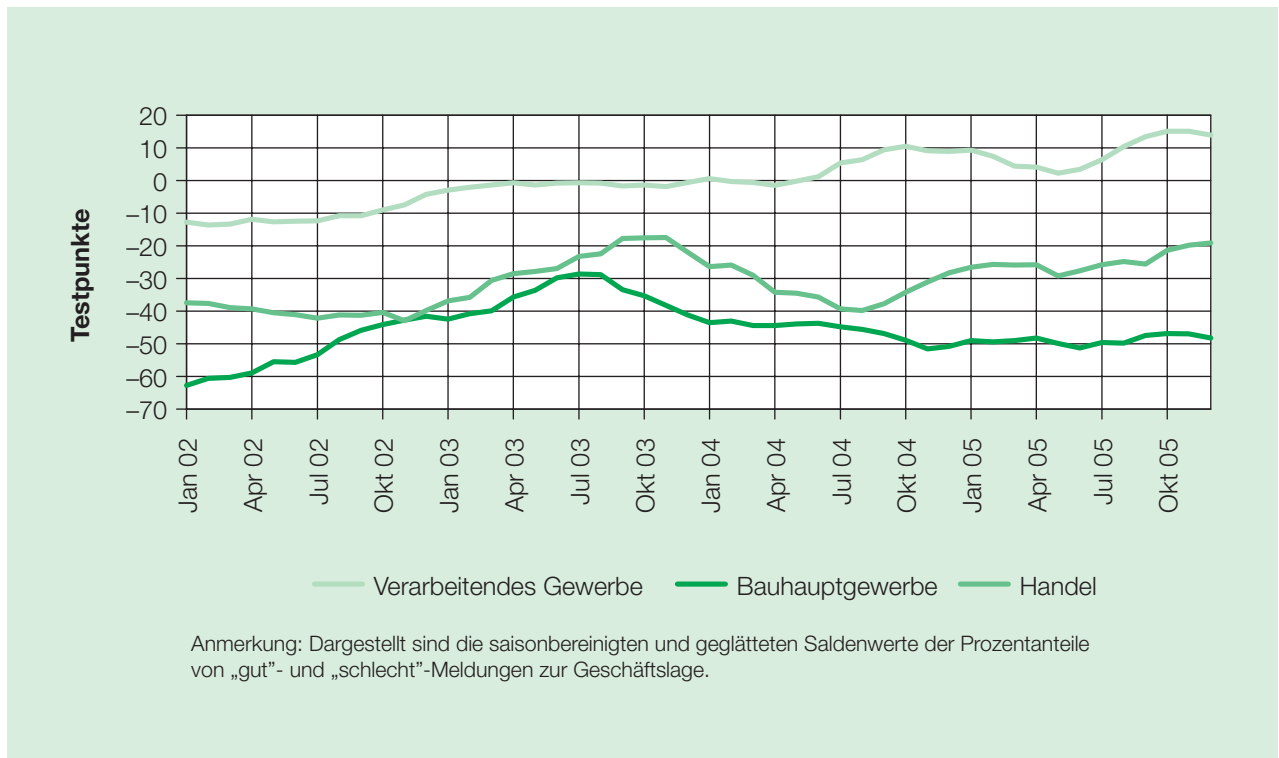
Besonders markant ist der Anstieg des Geschäftslagesaldos im **verarbeitenden Gewerbe**. Der Wirtschaftsbereich dürfte im Jahr 2005 erneut den größten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum erbracht haben. Allerdings zeigte sich auch hier zu Beginn des Jahres eine Wachstumsdelle. Im ersten Quartal ist der Umsatz im verarbeitenden Gewerbe um 0,2 %⁵ unter das Niveau vor Jahresfrist gesunken [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005a), S. 3]. Maßgeblich hierfür war in erster Linie der starke Umsatzrückgang in den baugewerbenahen Bereichen und im Fahrzeugbau. Ein Grund für den Rückgang im Fahrzeugbau ist in der zu Jahresbeginn erfolgten Produktionsumstellung am Volkswagen-Standort Mosel zu sehen [neues Passat-Modell, vgl. VOLKSWAGEN (2005)]. Verantwortlich für den im gleichen Zeitraum feststellbaren Absatzschwund im Ausland dürfte unter anderem die mit dem

hohen Euro-Wechselkurs einhergehende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der in Sachsen produzierten Fahrzeuge gewesen sein. In den folgenden beiden Quartalen wurde die Absatzschwäche jedoch überwunden. Für den gesamten Zeitraum von Januar bis September 2005 wird für den Fahrzeugbau nunmehr ein Umsatzanstieg von 11,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgewiesen [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005b), S. 3].

Auch in den Bereichen Metallerzeugung, Metallbearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen und im Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen wurden in den ersten drei Quartalen zweistellige Wachstumsraten erwirtschaftet. Insgesamt nahm der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum von Januar bis September 2005 um 7,1 % zu. Die Bruttowertschöpfung ist im gesamten Jahr 2005 vermutlich um rund 8 % gestiegen. Das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe dürfte damit ähnlich hoch ausgefallen sein wie im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2004 (vgl. Abb. 6).

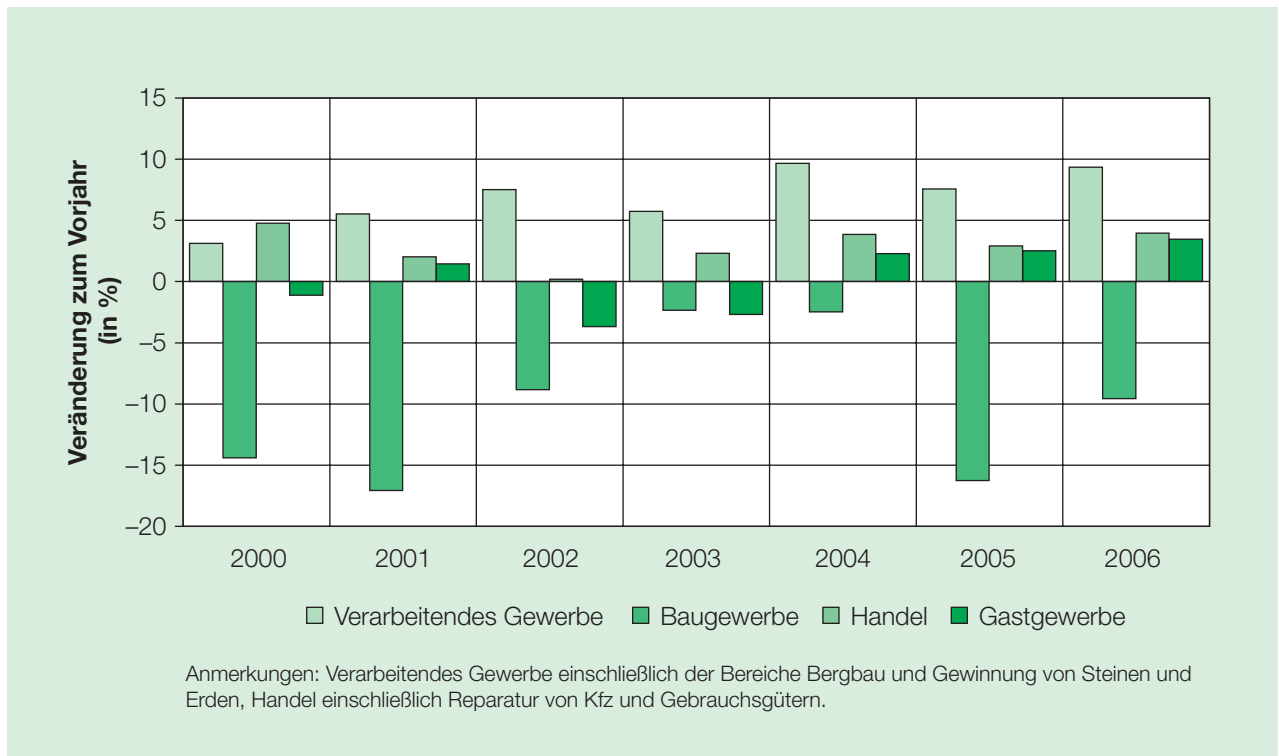
Ausgesprochen negativ stellte sich dagegen die Entwicklung im **Baugewerbe** dar. Nachdem die Bruttowertschöpfung in den Jahren 2003 und 2004 jeweils nur

Abbildung 5: Geschäftslagebeurteilungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe, Bauhauptgewerbe und Handel Sachsens



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 6: Veränderungen der nominalen Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, 2005 und 2006 (Handel 2003 bis 2006); Hochrechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

um etwas mehr als 2 % abnahm, ist für das Jahr 2005 mit einem Rückgang von reichlich 16 % zu rechnen. Hierzu trug die zu Jahresbeginn besonders ungünstige Witterung, vor allem aber das Auslaufen der Flut-Sonderkonjunktur bei. Der durch die Beseitigung der Flutschäden verlangsamte Schrumpfungprozess hat nun in verstärktem Maße wieder eingesetzt und belastet das Wachstum der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2005 beträchtlich.

In den ersten neun Monaten ist der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe um 23,2 %⁶ gesunken [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005c), S. 9]. Ein mit 42 % besonders starker Umsatzrückgang wurde von den Betrieben im Wohnungsbau gemeldet. Dies dürfte vor dem Hintergrund des Auslaufens einer weiteren Sonderkonjunktur stehen. Im Jahr 2003 hatten die privaten Haushalte vermehrt Baugenehmigungen beantragt, um sich den Anspruch auf die Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Ein Teil dieser Genehmigungen wurde in den Jahren 2003 und 2004 in Aufträge umgewandelt und konnte somit 2005 nicht mehr nachfragewirksam werden. Im Ausbaugewerbe ist der Umsatz in den ersten drei Quartalen um rund 13 % zurückgegangen [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005d), S. 3].

Die Bruttowertschöpfung des **Handels** dürfte im Jahr 2005 um etwa 3 % gestiegen sein. Im Großhandel war analog zur Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal zunächst ein Umsatzrückgang zu verzeichnen. In den nachfolgenden Monaten hat sich die Situation jedoch deutlich verbessert. Für die ersten drei Quartale wird für den Großhandel ein Umsatzwachstum von 3,5 % ausgewiesen [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005e), S. 4 sowie S. 9–11]. Im Einzelhandel ist der Umsatz im Zeitraum von Januar bis September 2005 um 1,9 % gestiegen. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten wurden unter anderem von den Apotheken (einschließlich Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln) gemeldet. Auch im Handel mit Kraftwagen war nach einem Rückgang im ersten Quartal im zweiten und dritten Quartal ein kräftiges Umsatzwachstum zu verzeichnen.

Im **Gastgewerbe** nahm der Umsatz in den ersten drei Quartalen des Jahres 2005 um 2,5 % zu [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005e), S. 14]. Ein besonders starker Umsatzanstieg (6,8 %) wurde von den Hotels gemeldet. Der anhaltende Trend zum Städtetourismus und die Weihe der Frauenkirche dürften im Raum Dresden das ganze Jahr über zu einer deutlich höheren Auslastung der Hotels, Gasthöfe und Pensionen geführt haben. In anderen Regionen (z. B. Sächsische Schweiz und Oberlausitz) ist die Anzahl der

Übernachtungen nach Angaben des Landestourismusverbandes allerdings zurückgegangen [vgl. SÄCHSISCHE ZEITUNG (2006)]. Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe mit 2,5 % ähnlich stark wie im Vorjahr gestiegen sein.

Prognose Sachsen 2006

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 feststellbare wirtschaftliche Belebung dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Das ifo Institut prognostiziert für das Jahr 2006 einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 2,1 % (vgl. Tab. 1). Aufgrund der weiterhin kräftigen Expansion der Weltwirtschaft und der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr mit einem höheren Anstieg der Bruttowertschöpfung des **verarbeitenden Gewerbes** zu rechnen (9,4 %). Von der Fußball-Weltmeisterschaft werden voraussichtlich auch in Sachsen der **Handel** und das **Gastgewerbe** profitieren. In diesen Bereichen wird mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung von 2,9 % bzw. 3,5 % gerechnet. Es ist davon auszugehen, dass die im Jahr 2006 wieder stark schrumpfende sächsische **Bauwirtschaft** (–9,6 %) nochmals die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belastet, allerdings nicht mehr im gleichen Ausmaß wie noch im Jahr 2005. Trotz des zu erwartenden kräftigen Wachstums dürfte die Zahl der Erwerbstätigen auch im Jahr 2006 noch einmal leicht abnehmen. In der im Konsolidierungsprozess befindlichen arbeitsintensiven Bauwirtschaft gehen immer noch mehr Arbeitsplätze verloren als im kapitalintensiv produzierenden verarbeitenden Gewerbe geschaffen werden.

Entwicklungen am Arbeitsmarkt 2005⁷

Beschäftigung

Wie bereits in den vorhergehenden Abschnitten aufgezeigt, ist die Erwerbstätigkeit in Sachsen und Ostdeutschland zurückgegangen. Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen wird zum größten Teil durch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen (SV) Beschäftigten geprägt; diese machen rund 70 % der Erwerbstätigen aus. Eine rückläufige Erwerbstätigkeit geht deshalb fast immer mit einer negativen Entwicklung bei der SV-Beschäftigung einher. Gesicherte Ergebnisse stehen für die SV-Beschäftigten erst bis Juni 2005 zur Verfügung, für die Monate Juli bis Oktober gibt es erste Hochrechnungen. Demnach ging die Zahl der SV-Beschäftigten in Sachsen im ersten Halbjahr 2005 um 2,7 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, in Ostdeutschland

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2004	2005	2006	2004	2005	2006
BIP (preisbereinigt)	1,3	0,8	1,7	2,2	0,8	2,1
Bruttowertschöpfung						
- aller Wirtschaftsbereiche ^a	2,2	1,1	1,8	2,8	1,1	2,2
- des verarbeitenden Gewerbes ^{a, b}	7,3	6,4	6,5	9,7	7,6	9,4
- des Baugewerbes ^a	-4,7	-8,8	-5,2	-2,5	-16,3	-9,6
- des Handels ^a	5,0	2,6	3,3	3,9	2,9	4,0
- des Gastgewerbes ^a	0,1	-0,2	2,5	2,3	2,5	3,5
Anzahl der Erwerbstätigen	0,2	-1,1	-0,4	0,1	-1,5	-0,4
a) In jeweiligen Preisen. – b) Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.						

Quellen: 2004 und Anzahl der Erwerbstätigen 2005: Arbeitskreis VGR der Länder und Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2005 und 2006 sowie Bruttowertschöpfung des Handels und des Gastgewerbes 2004: Hochrechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

sogar um 2,9%, während die Beschäftigung in Westdeutschland fast unverändert blieb (+0,3%).

In Abbildung 7 ist die Entwicklung der saisonbereinigten Zahl SV-Beschäftigter [ohne Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM bzw. SAM) sowie in Beschäftigung schaffender Infrastrukturförderung (BSI)] dargestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit der Zeitreihen wurde außerdem eine Normierung auf den Durchschnitt des Jahres 2002 vorgenommen. Demnach war die Beschäftigtenentwicklung in den vergangenen vier Jahren in Sachsen, Ost- und Westdeutschland von der Tendenz her vergleichbar: Die Beschäftigung lag im Jahr 2005 zwischen 4 und 6% unter der Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 2002.

Während für die vergangenen Jahre ein durchgehender Abwärtstrend beobachtbar war, wurde dieser offenbar in den vergangenen Monaten gestoppt und von einer Seitwärtsbewegung abgelöst. Dies gilt zumindest für die hier betrachteten Beschäftigtenzahlen ohne die Beschäftigten in ABM, SAM und BSI. Bezieht man auch die SV-Beschäftigten im 2. Arbeitsmarkt mit in die Analyse ein, so geht in Sachsen und Ostdeutschland die Beschäftigung weiterhin zurück.

Die Beschäftigung entwickelte sich in den einzelnen Branchen erneut sehr unterschiedlich. In Abbildung 8 ist neben der prozentualen Veränderung des 1. Halbjahres 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auch die Bedeutung der Branche dargestellt. Diese wurde als

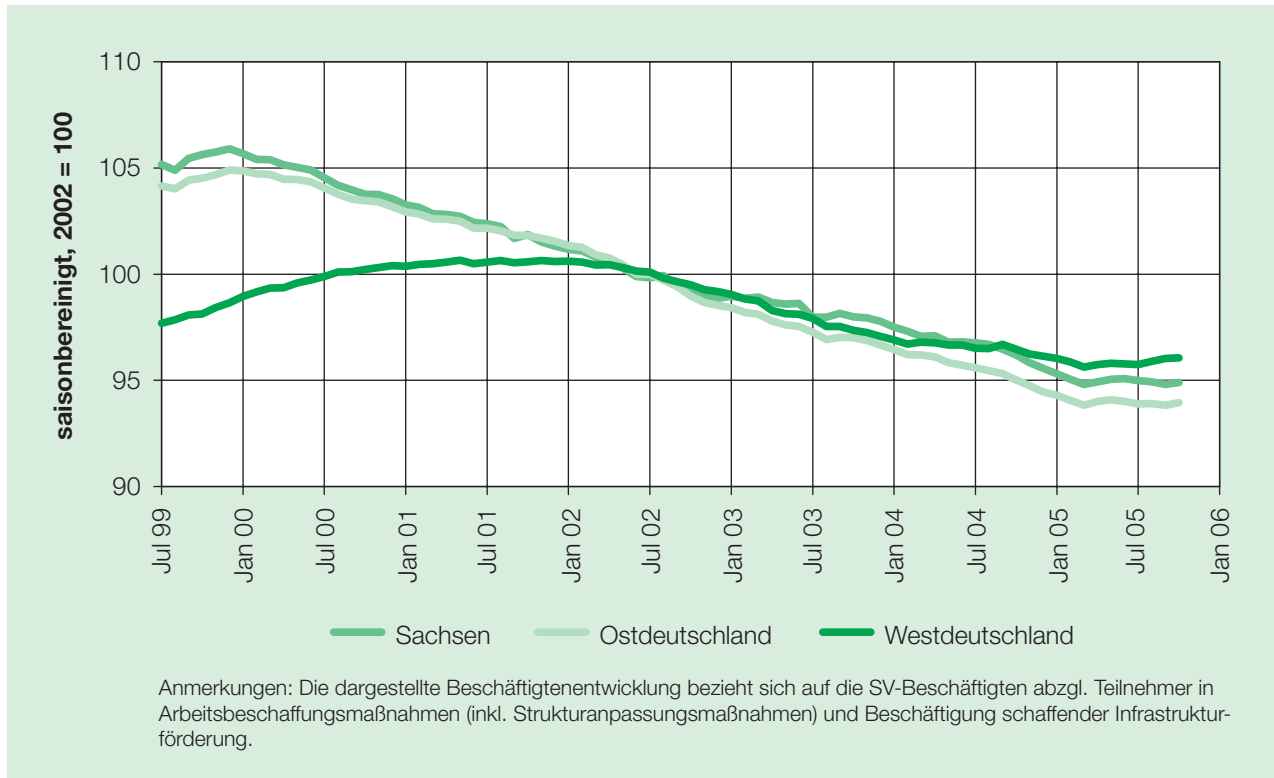
durchschnittlicher Anteil der Beschäftigten in einer Branche an allen Beschäftigten im ersten Halbjahr 2005 gemessen. Lediglich in den Wirtschaftszweigen Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Exterritoriale Organisationen (Bereiche L und Q) und Gastgewerbe (Bereich H) hat sich die Zahl der SV-Beschäftigten in Sachsen und in Ostdeutschland geringfügig erhöht.

Wie schon im Vorjahr ging die Beschäftigung im Baugewerbe mit mehr als 10% sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland am stärksten zurück. Den höchsten Anteil an der sächsischen und der ostdeutschen Beschäftigung hat nach wie vor das verarbeitende Gewerbe. In Sachsen ist die relative Bedeutung der Industrie jedoch weiterhin deutlich höher: Hier arbeiten in Relation zur Gesamtbeschäftigung gut ein Fünftel mehr Beschäftigte in der Industrie als in Ostdeutschland.

Arbeitslosigkeit

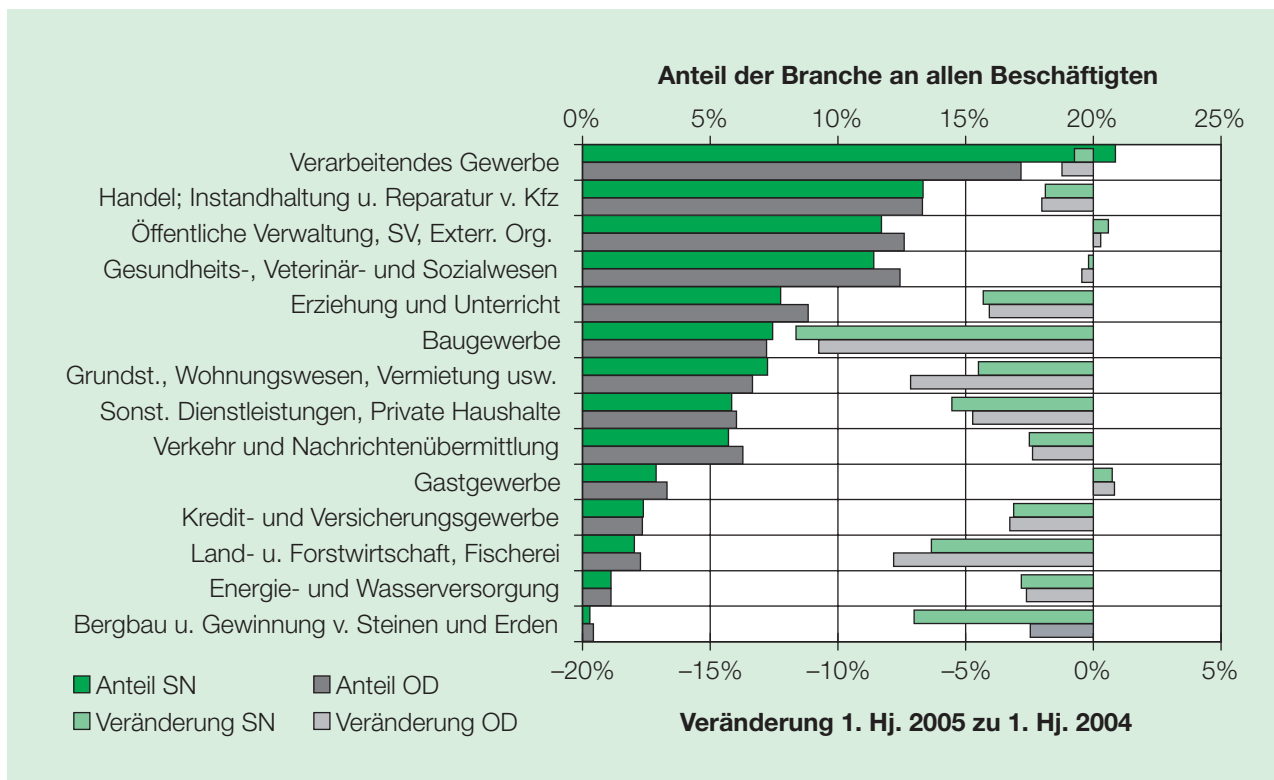
Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war zu Beginn des vergangenen Jahres von der Einführung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) geprägt. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum ALG II werden seit Januar 2005 nun auch vorher nicht zwingend arbeitslos gemeldete erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger mit in die Arbeitslosenstatistik aufgenommen. Im Januar eines jeden Jahres steigen die Arbeitslosenzahlen bereits aus saisonalen Gründen stark an, die

Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (saisonbereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2002 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 8: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Branchen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

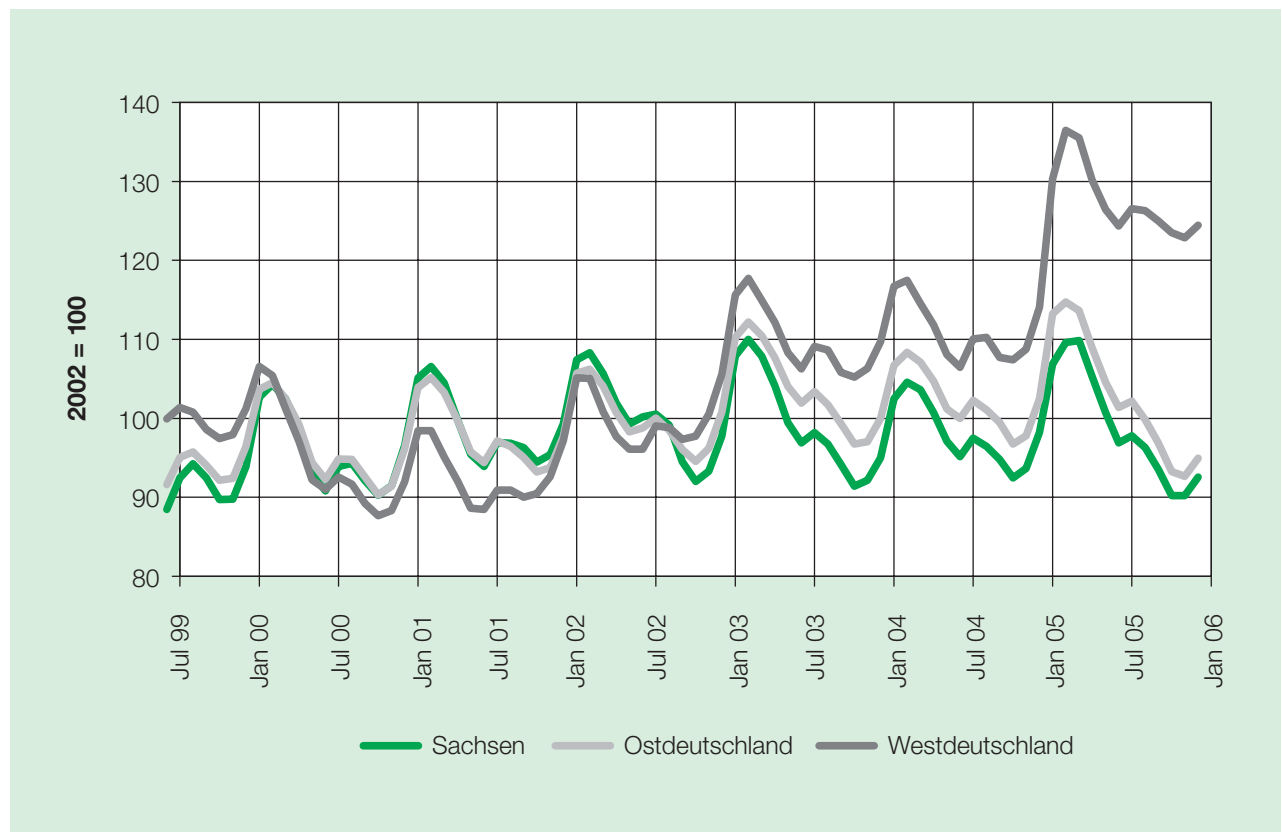
Einführung des ALG II ließ die Arbeitslosigkeit noch stärker ansteigen. Für Sachsen wird der ALG-II-Effekt auf rund 10.000 Personen geschätzt [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT REGIONALDIREKTION SACHSEN (2005)]. Besonders deutlich war der ALG-II-Effekt in Westdeutschland: Die Arbeitslosigkeit stieg in den ersten Monaten des vergangenen Jahres um bis zu 18 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Im Jahresdurchschnitt stieg die Arbeitslosigkeit in Sachsen um 6.186 Personen, dies entspricht einem Anstieg von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die Entwicklung im Verlauf des Jahres gestaltete sich allerdings zunehmend günstiger: In den letzten fünf Monaten des Jahres 2005 wiesen die monatlichen Arbeitslosenzahlen den jeweils niedrigsten Stand seit dem Jahr 2001 auf (vgl. auch Abbildung 1 auf S. 40). An dieser Stelle sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, dass der Stichtag für die Arbeitslosigkeit verändert wurde. Seit Januar 2005 wird die Arbeitslosigkeit in der Mitte des Monats anstelle am Ende des Monats gemessen. Dies führt möglicherweise zu nach unten verzerrten Arbeitslosenzahlen, da Kündigungen verstärkt zum Monatsende zu Arbeitslosigkeit führen. Diese Arbeitslosmeldungen sind nun erst im Folgemonat in der Statistik enthalten.

Regionale Entwicklung in Sachsen

Die Arbeitsmarktentwicklung in den Agenturbezirken Sachsens verlief unterschiedlich (vgl. Tab. 2). Im Agenturbezirk Leipzig stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt am stärksten an (+7,7%). Dies hat einen wesentlichen Grund: Bereits in der Vergangenheit war die Sozialhilfequote in der Stadt Leipzig besonders hoch. Kamen im sächsischen Durchschnitt auf 1.000 Einwohner knapp 31 Sozialhilfeempfänger (31.12.2003), so waren es in der Stadt Leipzig mit knapp 65 Sozialhilfeempfängern mehr als doppelt so viele. Aufgrund dieses höheren Ausgangsniveaus an ehemaligen Sozialhilfeempfängern stieg die Arbeitslosigkeit in Leipzig mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II sachsenweit am stärksten an, so dass Leipzig sogar die „rote Laterne“ vom Agenturbezirk Bautzen übernehmen musste. Im Agenturbezirk Dresden ist die Arbeitslosenquote mit 16 % weiterhin am niedrigsten. Neben der Entwicklung der allgemeinen Arbeitslosigkeit ist eine Betrachtung der Langzeitarbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung, da diese als Indikator für den Grad der verfestigten Arbeitslosigkeit dient. In Sachsen insgesamt sowie in den meisten sächsischen Agenturbezirken

Abbildung 9: Arbeitslosigkeit (Jahresdurchschnitt 2002 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 2: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in den sächsischen Arbeitsagenturbezirken

Agenturen für Arbeit	Arbeitslose			Langzeitarbeitslosigkeit			SV-Beschäftigte
	Jahresdurchschnitt 2005	Veränderung zu 2004 (in %)	Arbeitslosenquote 2005 (in %)	Veränderung zu 2004 (in %)	Anteil an allen Arbeitslosen 2005 (in %)	Veränderung zu 2004 (in %-Punkten)	Veränderung März 2005 zu März 2004 (in %)
Annaberg-B.	30.087	-2,3	20,5	-10,8	41,2	-4,0	-5,2
Bautzen	63.616	-6,5	22,2	-0,9	52,7	2,9	-3,9
Chemnitz	47.918	1,0	19,4	-3,2	44,0	-1,9	-2,7
Dresden	43.082	3,1	16,0	-1,1	39,4	-1,7	-1,1
Leipzig	79.351	7,7	22,5	0,9	42,3	-3,2	-2,5
Oschatz	30.240	4,2	20,9	14,7	48,3	4,2	-5,1
Pirna	22.507	1,8	17,9	-4,1	38,6	-2,3	-3,1
Plauen	22.077	3,1	18,2	-1,4	36,8	-1,8	-3,9
Riesa	21.834	2,7	21,2	1,5	44,1	-0,6	-2,7
Zwickau	41.802	0,1	19,7	-4,9	44,1	-2,7	-4,0
Sachsen	402.514	1,6	20,0	-1,0	44,0	-1,1	-3,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

ist die Langzeitarbeitslosigkeit sowohl absolut als auch relativ (als Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen) zurückgegangen. Nur in den Agenturbezirken Leipzig, Oschatz und Riesa stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg in den Bezirken Bautzen und Oschatz an: In Bautzen war damit jeder zweite Arbeitslose bereits länger als ein Jahr arbeitslos.

Regionalisierte Daten zur Beschäftigung stehen derzeit nur bis März 2005 zur Verfügung. Demnach ist die Beschäftigung zwischen März 2004 und März 2005 in allen sächsischen Regionen zurückgegangen. Dieser Rückgang war in Dresden mit -1,1 % am niedrigsten und in Annaberg und Oschatz mit -5,2 % bzw. -5,1 % am größten.

Literatur

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT REGIONALDIREKTION SACHSEN (2006): Der sächsische Arbeitsmarkt 2005, Presse-Information Nr. 2, Chemnitz.

SÄCHSISCHE ZEITUNG (2006): Neuer Spitzenwert geknackt, S. 5, 14. 01. 2006.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005a): Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen, März 2005, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005b): Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen, September 2005, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005c): Statistische Berichte, Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, September 2005, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005d): Statistische Berichte, Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe, III. Quartal 2005, Kamenz.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005e): Statistische Berichte, Binnenhandel und Gastgewerbe im Freistaat Sachsen, September 2005, Kamenz.

VOLKSWAGEN (2005): Volkswagen Sachsen GmbH auf „Kurs Zukunft“, Pressemitteilung vom 10. Januar 2005, <http://www.volkswagen-sachsen.de/dokumente/presse/start2005.PDF> (12. 01. 2006).

- ¹ Die in diesem Artikel erwähnten Wachstumsraten beziehen sich, sofern nicht anders vermerkt, auf Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Alle Umsatz- und Bruttowertschöpfungsangaben basieren auf Daten in jeweiligen Preisen. Die ersten amtlichen Daten (erste Fortschreibung) zum Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Bundesländer im Jahr 2005 werden vom Arbeitskreis VGR der Länder am 17. Februar 2006 veröffentlicht.
- ² Verarbeitendes Gewerbe einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
- ³ Handel einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern.
- ⁴ Erläuterungen und weitere Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sind auf den Seiten 42 bis 45 zu finden.
- ⁵ Gesamtumsatz der Betriebe des Monatsberichtsgebietes (Betriebe mit im Allgemeinen mindestens 20 tätigen Personen). Verarbeitendes Gewerbe einschließlich der Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
- ⁶ Gesamtumsatz aller Betriebe in den Bereichen vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (hochgerechnete Ergebnisse).
- ⁷ Datenstand: 16. Januar 2006.

Ostdeutsche Unternehmen betrachten EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Skepsis

Thomas Kiessl, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz*

Der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital gehören ebenso wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu den Grundpfeilern der Europäischen Union. Während der 1993 etablierte europäische Binnenmarkt eine deutliche Intensivierung des Warenverkehrs mit sich gebracht hat, hängt der EU-weite Austausch im Dienstleistungsbereich noch stark zurück. Als ursächlich hierfür wird die Existenz einer Vielzahl länderspezifischer nicht-tarifärer Hindernisse angesehen, deren Abschaffung durch die Vollendung des EU-Binnenmarktes für Dienstleistungen neue Wachstums- und Beschäftigungspotenziale eröffnen soll. Welche Chancen und Risiken west- und ostdeutsche/sächsische Dienstleistungsunternehmen mit der stärkeren Öffnung der Dienstleistungsmärkte in Europa verbinden, wird in diesem Beitrag nach einer überblicksartigen Einführung in die Thematik mittels der Ergebnisse einer Sonderumfrage des ifo Instituts zur EU-Dienstleistungsrichtlinie dargestellt.

EU-Dienstleistungsrichtlinie hart umkämpft

Mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die horizontal ausgerichtet ist, soll ein Schub bei der Ausweitung des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs in der Europäischen Union erzielt werden (vgl. Box). Unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen alle Dienstleistungen, die als Teil des Wirtschaftslebens von einem in einem Mitgliedsstaat tätigen ausländischen Leistungserbringer inländischen Verbrauchern (z. B. häusliche Dienste) oder Unternehmen (z. B. Handel) angeboten werden. Tabelle 1 enthält die drei hierunter fallenden Hauptkategorien mit einigen beispielhaften Dienstleistungsbranchen. Außerhalb des Anwendungsbereichs der EU-Dienstleistungsrichtlinie liegen Dienstleistungen nichtwirtschaftlicher Art (z. B. staatliche Bildung). Ausgenommen von dieser Richtlinie bleiben zudem solche Dienstleistungen, die bereits in anderen Richtlinien geregelt sind, etwa Postdienste, die Gas- und Wasserversorgung oder die Tätigkeit von Rechtsanwälten. Auch Bank- und Versicherungsdienste, der Telekommunikations- und der Verkehrssektor fallen nicht unter die neue Dienstleistungsrichtlinie.

Box: Dienstleistungsfreiheit und EU-Dienstleistungsrichtlinie

Am 1. November 1993 trat der am 7. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnete Vertrag über die Europäische Union in Kraft. Aus der Europäischen Gemeinschaft entstand die Europäische Union, welche strukturell auf drei Säulen aufgebaut ist: einem einheitlichen Binnenmarkt, einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres. Wesentliche Bausteine des EU-Binnenmarktes bilden die vier sog. Grundfreiheiten. Dazu zählen neben Waren-, Kapital- und Personen- auch die Dienstleistungsverkehrsfreiheit. Im Bereich des Warenverkehrs konnten bereits erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Etablierung eines einheitlichen Binnenmarktes erzielt werden. Zwar besteht mit der Schaffung des Binnenmarktes de jure auch Dienstleistungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union, allerdings zeigt sich in der Praxis, dass zahlreiche Hindernisse für die grenzüberschreitende Leistungserbringung bestehen. In ihrem 2002 vorgelegten Bericht zum Stand der Umsetzung der Dienstleistungsfreiheit kommt die Europäische Kommission daher zu dem Ergebnis, dass der Dienstleistungsverkehr innerhalb der Europäischen Union durch nationale Regelungen stark eingeschränkt ist, von denen insbesondere die mittelständischen Unternehmen, aber auch die Verbraucher betroffen sind [EU-Kommission (2002)].

Aufgrund der bestehenden Barrieren für die Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen legte die Kommission im Januar 2004 einen Richtlinienvorschlag über Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt vor [EU-Kommission (2004)]. Ziel der Richtlinie ist es, einen funktionierenden EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen zu schaffen. Dazu sollen sowohl existierende Hindernisse für die Niederlassungsfreiheit als auch bestimmte Hemmnisse im freien Dienstleistungsverkehr abgebaut werden. Mit anderen Worten: Mit Hilfe der Dienstleistungsrichtlinie soll die bereits 1993 vereinbarte Dienstleistungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union realisiert werden.

Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des

* Thomas Kiessl ist Doktorand am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München, Carsten Pohl und Heinz Schmalholz sind wissenschaftliche Mitarbeiter in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Rates über Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt von Anfang 2004 ist aber auch als Teil eines Wirtschaftsreformprozesses zu verstehen. Denn die Europäische Union soll sich bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt entwickeln. Die Schaffung eines Binnenmarktes für Dienstleistungen ist für die Realisierung dieses Zieles unerlässlich, da sich dadurch zusätzliche wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb der Europäischen Union entfalten können.

Oftmals verfügen kleine und mittelständische Unternehmen nicht über das Know-how, sich mit den rechtlichen Bestimmungen im Ausland zu beschäftigen. Quasi als Befreiungsschlag hat die EU-Kommission daher das sog. Herkunftslandprinzip als das grundsätzlich maßgebliche Konzept für den Richtlinienentwurf vorgeschlagen. Dieses Prinzip besagt, dass eine Dienstleistung, die in einem Mitgliedsstaat legal angeboten wird, auch in allen anderen Mitgliedsländern zu den Bedingungen im Herkunftsland erbracht werden darf. Die Behörden des Bestimmungslandes dürfen den ausländischen Unternehmen keine zusätzlichen Auflagen oder Einschränkungen für die angebotenen Dienstleistungen machen.

Insbesondere an dieser Regelung entzündete sich die Kritik seitens der Unternehmensverbände und der Arbeitnehmervertreter. Dabei hat die EU-Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag das Herkunftslandprinzip bereits erheblich eingeschränkt und selbst eine Reihe von Ausnahmen aufgelistet. Beispielsweise bleibt die Entsende-Richtlinie unangetastet, wonach für Service-Kräfte aus dem EU-Ausland die Arbeitsbedingungen im jeweiligen Einsatzland gelten müssen. Dazu zählen neben Mindestlöhnen auch Urlaubs- und Arbeitszeitregelungen. Ein Problem, das in erheblichem Maße dafür verantwortlich

ist, dass die Richtlinie in Deutschland auf so viel Widerstand stößt, ist die Tatsache, dass bei uns – anders als in den meisten anderen Mitgliedsstaaten – die Entsende-Richtlinie im wesentlichen nur für das Bauhaupt- und -nebgewerbe umgesetzt wurde und nicht für alle oder zumindest die meisten Dienstleistungsbranchen.

Deutschlands Dienstleistungssektor mit Licht und Schatten

Die höchste wirtschaftspolitische Priorität liegt in Deutschland – wie in den meisten anderen EU-Ländern auch – in der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Ein Feld, das zu diesem Zwecke besser erschlossen werden könnte, stellt der Dienstleistungssektor dar. Der Dienstleistungsbereich insgesamt (einschließlich Handel und Verkehr) hatte im Jahr 2002 einen Anteil von knapp 70 % an der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenzahl in Deutschland und sein Beitrag zur Wertschöpfung aller Sektoren lag in der gleichen Größenordnung. Wird entsprechend der Intention des Entwurfs der europäischen Dienstleistungsrichtlinie noch das Baugewerbe (Bauhaupt- und -nebgewerbe einschließlich Handwerk) hinzu gerechnet, so entfallen rund drei Viertel der statistisch erfassten wirtschaftlichen Aktivitäten Deutschlands auf diesen Gesamtkomplex (76 % aller Beschäftigten).

Als Indikator für den relativ geringen Umfang für die Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen kann die deutsche Exportstruktur herangezogen werden. In Tabelle 2 sind Umfang und Struktur der Exporte der führenden Volkswirtschaften dargestellt. Während Deutschland bei der Ausfuhr von Waren die Spitzenposition einnimmt, fällt es beim Export von Dienstleistungen im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und zu Großbritannien zurück. In der deutschen Dienstleistungsbilanz klafft zudem eine Lücke von rund 64,7 Mrd. Euro. Der größte Teil dieses Defizits resultiert aus der Reisebilanz.

Tabelle 1: Anwendungsbereiche der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Unternehmensbezogene Dienstleistungen	Dienstleistungen für Unternehmen und für Verbraucher	Dienstleistungen für Verbraucher
Unternehmensberatung, Zertifizierungs- und Prüfungstätigkeiten, Wartungstätigkeiten, Werbung, Personalagenturen, Dienste von Handelsvertretern etc.	Rechts- und Steuerberatung, Dienstleistungen des Immobilienwesens wie Immobilienmakler, Baugewerbe, Handel, Veranstaltung von Messen, Vermietung von Kraftfahrzeugen etc.	Gesundheitsdienstleistungen, haushaltsbezogene Dienste, Tourismus, audiovisuelle Dienste, Dienstleistungen im Freizeitbereich, Sportzentren

Quelle: EU-Kommission (2004).

Tabelle 2: Exportstruktur für ausgewählte Länder (2004)

	Waren		Dienstleistungen		Insgesamt
	Mrd. US-Dollar	in %	Mrd. US-Dollar	in %	Mrd. US-Dollar
Vereinigte Staaten	819,0	72	319,3	28	1.138,3
Deutschland	914,8	88	126,1	12	1.040,9
Japan	565,5	86	93,8	14	659,3
China	593,4	91	58,9	9	652,3
Frankreich	451,0	81	108,4	19	559,4
Großbritannien	345,6	67	169,2	33	514,8
Niederlande	358,8	83	72,4	17	431,2
Italien	346,1	80	84,6	20	430,7
Kanada	322,0	87	46,9	13	368,9
Belgien	308,9	86	49,5	14	358,4
Korea	253,9	86	39,7	14	293,6
Spanien	179,0	68	84,2	32	263,2
Schweden	121,0	76	37,8	24	158,8

Quelle: World Trade Organization (2005).

Die Vereinigten Staaten und Großbritannien weisen im Gegensatz zu Deutschland nicht nur eine positive Dienstleistungsbilanz auf, sondern auch die Exportstruktur von Waren und Dienstleistungen ist verschieden. Bei den Exporten der USA sind 28 %, bei den britischen Exporten sogar 33 % Dienstleistungen, in Deutschland hingegen nur 12 %. Auch im Vergleich zu anderen Industrienationen werden aus Deutschland relativ wenige Dienstleistungen exportiert.

Der deutsche Dienstleistungssektor weist nach einer Studie des ifo Instituts aus dem Jahre 1999 [HILD et al. (1999)] sowohl Licht als auch Schatten auf. Es zeigte sich, dass in den untersuchten unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen die Hauptvorteile gegenüber der ausländischen Konkurrenz in Termintreue, Qualitätssicherung, Problemlösungsfähigkeit und Projektmanagement gesehen werden.

Nur durchschnittliche Noten gaben sich die Firmen hinsichtlich Kooperationsfähigkeit, Breite des Leistungsprogramms sowie Kenntnissen von und Präsenz auf Auslandsmärkten. Ein hohes Kostenniveau und eine unzureichende Kapitalausstattung waren jene Faktoren, die die Wettbewerbsfähigkeit aus Sicht der deutschen Dienstleistungsunternehmen am stärksten beeinträchtigen.

Gebiete, auf denen eine Verbesserung aus Sicht der Firmen wünschenswert wäre, umfassten: Stärkere

Dienstleistungsorientierung, bessere Fremdsprachenkenntnisse der Mitarbeiter und größere Arbeitsmobilität. Als Standortnachteil wurde – abgesehen von hohen Arbeitskosten und hoher Steuerlast – die im Vergleich zum Ausland geringe Unterstützung beim Export durch den Staat angeführt. Beklagt wurde des Öfteren, dass die deutschen Dienstleistungsanbieter gegenüber den dominierenden amerikanischen und britischen Unternehmen den Nachteil eines Nachzüglers haben und dass sie zu klein sind, um in bestimmten Marktsegmenten international eine größere Rolle zu spielen. Auch mangelt es nach eigener Einschätzung der Unternehmen oft an internationaler Reputation.

Im Zusammenhang mit der oft geringen Firmengröße steht auch das häufig zu schmale Leistungsprogramm. Im internationalen Wettbewerb wird es immer wichtiger, den Kunden nicht nur exzellente Maschinen einschließlich Wartung und Schulung anzubieten, sondern z. B. auch bei Finanzierungsfragen mitzuarbeiten und andere komplementäre Dienstleistungen zu erbringen.

Diese Ausgangslage macht es für Deutschland noch dringlicher als für andere europäische Staaten, die auf dem Wege zur Dienstleistungsgesellschaft schon weiter vorangekommen sind, die internationale Präsenz zu stärken, um größere und schlagkräftigere Dienstleistungsanbieter hervorzubringen. Ansonsten besteht die Gefahr,

dass die heute vielfach vorhandenen Schwachpunkte der Dienstleistungsunternehmen der Marktausweitung im Ausland entgegenstehen oder sogar zu einem Marktanteilsverlust auf dem Inlandsmarkt infolge verschärfter ausländischer Konkurrenz führen. Auf der anderen Seite können sich für deutsche Unternehmen aufgrund der genannten Vorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten Chancen bei einer stärkeren Öffnung der Dienstleistungsmärkte, wie sie durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie beabsichtigt ist, ergeben.

Die bisher vorliegenden Studien zu den voraussichtlichen Effekten der EU-Dienstleistungsrichtlinie kommen durchweg zu positiven Beschäftigungswirkungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Studie des NETHERLANDS BUREAU FOR ECONOMIC POLICY ANALYSIS (PCB) [KOX, LEJOUR und MONTIZAN (2004)] sowie die entsprechenden Ausarbeitungen von COPENHAGEN ECONOMICS (2005) und FORFÁS [O'TOOLE (2005)]. Diese Arbeiten liefern überzeugende Argumente dafür, dass eine europaweite Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht nur für die Europäische Union insgesamt, sondern auch für die meisten einzelnen Mitgliedsländer Vorteile bringt. Im Falle Deutschlands prognostiziert die Studie von COPENHAGEN ECONOMICS einen direkten und indirekten Beschäftigungseffekt von rund 100.000 zusätzlichen Arbeitskräften.

Die ifo Umfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Um die Einschätzung der Chancen und Risiken der Etablierung eines europäischen Binnenmarktes für Dienstleistungen aus Sicht der Unternehmen analysieren zu können, führte das ifo INSTITUT im Frühjahr 2005 eine schriftliche Befragung im Dienstleistungssektor durch. Die Aussagen der Unternehmen erfolgten vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt geltenden Version der Richtlinie. Die Befragung war Bestandteil eines Gutachtens, das vom ifo INSTITUT und vom DEUTSCHEN INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zum Thema EU-Dienstleistungsrichtlinie durchgeführt wurde [ifo und DIW (2006)].

Im Rahmen der Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie wurden 2.220 deutsche Dienstleistungsunternehmen, die ein breites Branchenspektrum abdecken, angeschrieben. Generell nicht von der EU-Dienstleistungsrichtlinie betroffene Branchen, wie beispielsweise die Finanzdienstleistungen und die Telekommunikation, wurden bei der Befragung nicht berücksichtigt. Mit 817 verwertbaren Fragebögen, die von den Dienstleistungserbringern zurückgesandt wurden, konnte eine für Sonderumfragen weit überdurchschnittliche Rücklaufquote von rund 37 % erzielt werden.

In regionaler Differenzierung stammen die Antworten von 707 Unternehmen mit Sitz in Westdeutschland sowie von 110 Unternehmen aus Ostdeutschland (darunter 37 aus Sachsen).

Bei branchenspezifischer Betrachtung bilden zum einen die unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit 376 Teilnehmern – wobei sich hier allein 183 Unternehmen aus der Untergruppe der Architektur- und Ingenieurbüros an der Umfrage beteiligten – einen Schwerpunkt sowie zum anderen der Bereich „Datenverarbeitung und Datenbanken“ mit 182 Teilnehmern. Darüber hinaus umfassen die vorliegenden Untersuchungsergebnisse unter anderem die Meinungen zahlreicher Unternehmen des Gastgewerbes, des Grundstücks- und Wohnungswesens, aus der Vermietung beweglicher Sachen, aus Forschung und Entwicklung bis hin zu Firmen aus dem Bereich der Abwasser- und Abfallbeseitigung und der sonstigen Entsorgung.

Die nachfolgend präsentierten Ergebnisse sind nicht als repräsentativ für den deutschen Dienstleistungssektor insgesamt aufzufassen, sondern spiegeln die Einschätzungen der Unternehmen des befragten Berichtskreises wider.

Ostdeutsche Dienstleister im Ausland wenig präsent

Von allen an der Sonderbefragung teilnehmenden Unternehmen gaben 306 (37,5 %) an, ihre Dienstleistungen bereits auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten anzubieten, wobei 80,7 % dieser Unternehmen ihre Kunden ausschließlich von Deutschland aus bedienen, 12,7 % dafür eigene Niederlassungen im Ausland besitzen und 6,5 % beide Vertriebswege wählen (vgl. Tab. 3). Die Präsenz deutscher Unternehmen im europäischen Ausland fällt dabei auf Branchenebene äußerst heterogen aus. Das Spektrum reicht hier von Sektoren, wie beispielsweise dem Gastgewerbe, mit unter 10 % bis zu Sektoren, wie „Datenbanken und Datenverarbeitung“, mit nahezu 50 % Auslandsaktivität.

Während bereits knapp 40 % der Dienstleister mit Sitz in Westdeutschland schon grenzüberschreitend tätig sind, beläuft sich der entsprechende Anteil bei den ostdeutschen Unternehmen auf etwa ein Fünftel (22,0 %), wobei die sächsischen Unternehmen eine Quote von rund einem Viertel aufweisen (24,3 %). In noch höherem Maße als im Durchschnitt aller antwortenden Unternehmen wird von ostdeutschen/sächsischen Unternehmen der Markt im Ausland von der heimischen Basis aus bedient.

Für die im Vergleich zur Industrie noch relativ schwache Marktpräsenz deutscher Dienstleistungsunternehmen in den übrigen 24 EU-Mitgliedsstaaten können

Tabelle 3: Merkmale der befragten Dienstleistungsunternehmen

Unternehmen ist:	alle Unternehmen	darunter: Unternehmen aus		
		West-deutschland	Ost-deutschland	darunter: Sachsen
- nicht im Ausland tätig	62,5	60,1	78,0	75,7
- im Ausland tätig	37,5	39,9	22,0	24,3
davon				
- von Deutschland aus	80,7	80,8	83,3	88,8
- mit eigener Niederlassung im Ausland	12,7	13,2	8,3	0
- sowohl als auch	6,5	6,0	8,3	11,1
Unternehmen wurde im Ausland bei der Dienstleistungserbringung				
- erheblich behindert	8,2	8,2	8,3	0,0
- unwesentlich behindert	88,9	89,3	87,5	88,8
- keine Angabe	2,9	2,5	4,2	11,1

Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.

unüberwindliche Markthemmnisse nicht verantwortlich gemacht werden. Von den grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sehen sich 8,2 % bei ihrer Leistungserbringung im Ausland erheblich behindert, wohingegen sich 88,9 % nur unwesentlich beeinträchtigt fühlen. Dieses Ergebnis ist mit dem Meldeverhalten der Teilnehmer in den drei Teilregionen weitgehend identisch.

Wichtigste Barrieren für Markteintritt im Ausland nicht regulierungsbedingt

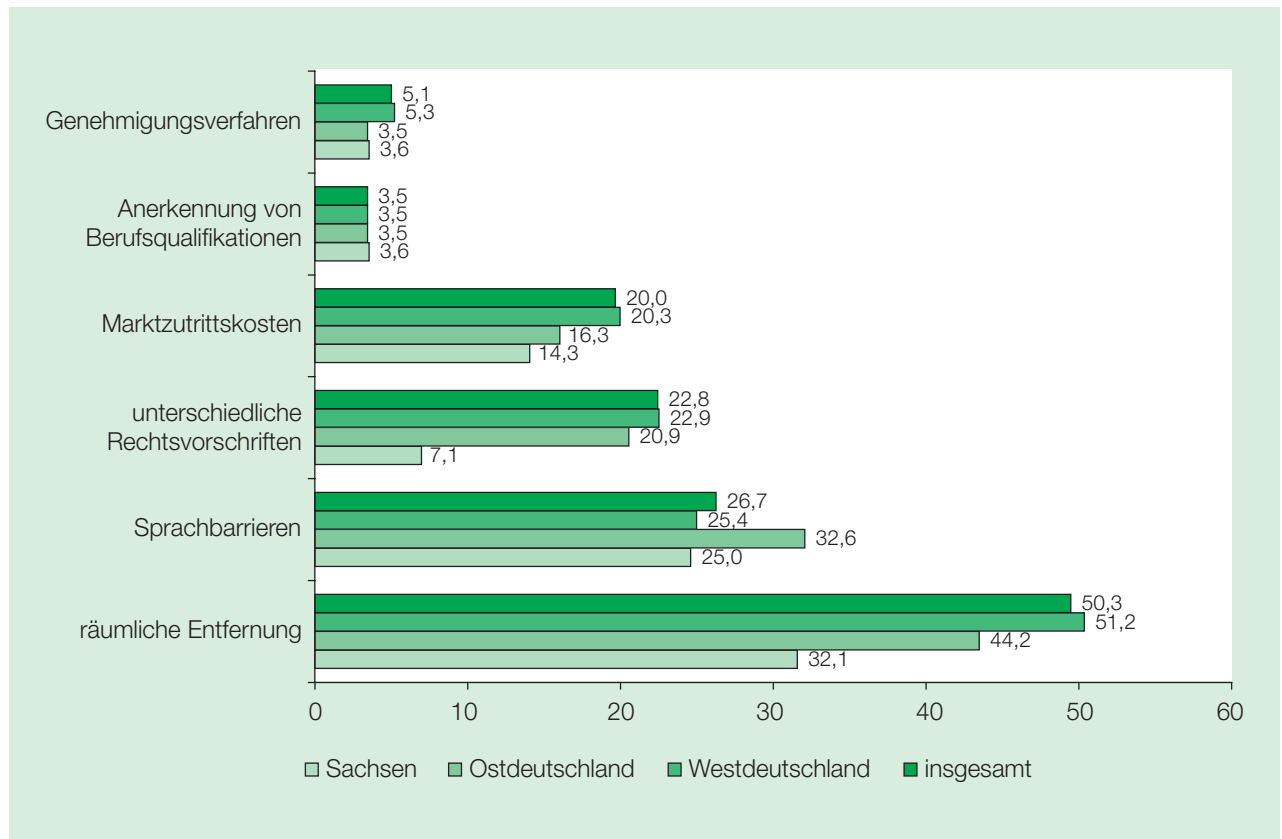
Ein zentraler Untersuchungsgegenstand ist das Gewicht der von den Unternehmen als hinderlich für ein Auslandsengagement bewerteten Faktoren. Wenn die von der EU-Kommission mit der Dienstleistungsrichtlinie intendierte Wirkung richtig ist, dann müssten durch die Beseitigung von marktabschottenden Regelungen, wie z. B. hohe bürokratische Hürden, grenzüberschreitende Marktpotenziale von allen Dienstleistungsunternehmen bearbeitet werden können. Aufschluss hierüber geben die Antworten der Unternehmen in der ifo Sonderumfrage.

Werden hierfür die in der Befragung vorgegebenen einschlägigen Kategorien „zu aufwändige Genehmigungsverfahren“ und „Nichtanerkennung von Berufsqualifikationen“ betrachtet, dann wurden diese mit 5,1 %

und 3,5 % vergleichsweise selten als Begründung angeführt (vgl. Abb. 1). In diesem Zusammenhang kommt am ehesten der Antwortkategorie „unterschiedliche Rechtsvorschriften“ eine größere Bedeutung zu. Dass für die überwiegend kleineren Unternehmen, die das Gros des gesamten Dienstleistungssektors ausmachen – über 70 % der antwortenden Unternehmen erzielen einen Jahresumsatz von unter 5 Mill. Euro – die bei einem grenzüberschreitenden Marktzutritt anfallenden Kosten eine große Belastung darstellen würden, liegt auf der Hand.

Die beiden am häufigsten genannten Barrieren für eine Auslandsaktivität sind nur auf den ersten Blick überraschend: Quer über alle Branchen sind es überwiegend die räumliche Entfernung zum Kunden sowie die unterschiedlichen Sprachen, welche für 50,3 % bzw. 26,7 % der 509 (62,3 %) bislang nicht in anderen EU-Mitgliedsstaaten tätigen Unternehmen eine Barriere für das grenzüberschreitende Angebot ihrer Leistungen darstellen. Die hieraus resultierenden Probleme für die betriebliche Kostenseite (mit der Entfernung zum Auslandsmarkt steigende Transaktionskosten) sowie für den Ausbildungs- und Qualifikationsstatus der Beschäftigten (Sprachkompetenz) werden auch durch die Einführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht beseitigt. Gerade das Problemfeld „Sprachbarriere“ ist für ostdeutsche

Abbildung 1: Hemmnisse für eine Dienstleistungserbringung in anderen EU-Mitgliedsstaaten (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Unternehmen in Relation zu den anderen Beobachtungsregionen von höherer Relevanz. Die räumliche Entfernung wird dagegen von den in Ostdeutschland insgesamt – und damit auch von den in Sachsen – ansässigen Unternehmen als geringeres Problem eingeschätzt, da deren Potenzial für grenzüberschreitende Aktivitäten primär in den östlichen Nachbarländern gesehen wird.

Vom Dienstleistungsbinnenmarkt erwartete Auswirkungen differieren mit dem Internationalisierungsgrad der Unternehmen

Die Befragung des IFO INSTITUTS erfasst die einzelwirtschaftliche Sichtweise aus dem Blickwinkel der antwortenden Teilnehmer. Für die Analyse der von den Unternehmen mit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Dienstleistungsmarktes verbundenen Erwartungen lässt sich sinnvollerweise nur getrennt für die Gruppe der Unternehmen mit bereits vorhandenem Auslandsengagement (306 Teilnehmer) und für die Gruppe der Unternehmen ohne bisherige Auslandsaktivitäten (509 Teilnehmer) vornehmen.

Wie bereits gezeigt, bilden für viele Firmen des Dienstleistungssektors insbesondere natürliche Faktoren große Hemmnisse für die überregionale und internationale Leistungserbringung. Die Erwartungen, welche bislang nur auf den deutschen Markt beschränkte Unternehmen mit einem freien Dienstleistungsverkehr innerhalb der EU verbinden, konzentrieren sich daher überwiegend auf Deutschland und fallen vergleichsweise negativ aus.

Deutlich zum Ausdruck kommt die Bedeutung der in der öffentlichen Diskussion häufig artikulierten Ängste vor einem steigenden Wettbewerbsdruck und einer Absenkung der Qualitäts- und Sicherheitsstandards auf dem heimischen Markt (vgl. Abb. 2). Auch die negative Tendenz in der Beschäftigung (Reduzierung der Belegschaft 26,3 % gegenüber Ausweitung der Belegschaft 4,1 %) bei den befragten Unternehmen deuten auf einen zunehmenden Wettbewerb durch ausländische Konkurrenten hin. Diese Erwartungen sind bei einer isolierten Betrachtung deutscher Dienstleistungserbringer auf dem deutschen Markt wenig überraschend. Dennoch sehen 8,4 % der Unternehmen in Deutschland Potenzial für zusätzliche Absatzmärkte, wenn das Dienstleistungsangebot auf ausländische

Märkte ausgeweitet wird, 2,9 % die Chance für Produktivitätssteigerungen sowie 5,5 % die Möglichkeit für steigende Gewinne.

Von der Implementierung der EU-Dienstleistungsrichtlinie erwarten sich die ostdeutschen/sächsischen Unternehmen ohne bisherige Auslandstätigkeit tendenziell vergleichbare Wirkungen wie die in Westdeutschland ansässigen Unternehmen. Die antizipierten inländischen Beschäftigungseffekte werden von den Teilnehmern aus den neuen Bundesländern etwas häufiger mit einer Reduzierung gleichgesetzt, dennoch aber auch mehr Chancen gesehen, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten. Bei einer Saldierung beider Effekte ergeben sich ähnliche Werte wie für die westdeutschen Unternehmen. Bei den Meldungen über die von den Unternehmen im Ausland erwarteten Wirkungen steht die Hoffnung auf die Bedienung zusätzlicher Absatzmärkte im Vordergrund. Mehr als jedes zweite westdeutsche Unternehmen rechnet sich hierfür Chancen aus. Die Antwortquoten der ostdeutschen/sächsischen Unternehmen fallen – vermutlich bedingt durch ihren Standort – deutlich geringer aus.

Wird der Fokus jedoch ausschließlich auf die bereits in anderen EU-Mitgliedsstaaten aktiven Unternehmen gerichtet, so ist insgesamt eine recht positive Haltung gegenüber einer weiteren Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs zu erkennen (vgl. Abb. 3). Besonders ins Auge fallen hierbei die Erwartungen von ostdeutschen und sächsischen Unternehmen, zusätzliche Absatzmärkte innerhalb der EU bedienen zu können. Bei den daran geknüpften Hoffnungen auf steigende Gewinne und einer Ausweitung der Belegschaft sind sie im Vergleich zu den westdeutschen Teilnehmern skeptischer eingestellt. Die Bedenken bezüglich des heimischen Marktes sind bei allen schon grenzüberschreitend aktiven Unternehmen zwar etwas geringer, haben aber auch hier immer noch ein hohes Gewicht.

EU-Dienstleistungsrichtlinie tangiert bisherige Geschäftspolitik der Unternehmen nur geringfügig

Eine Umsetzung der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie wird seitens der Unternehmen Reaktionen hervorrufen, sei es, um vermeintliche Gefahren für den eigenen Betrieb abzuwehren oder um erkannte Potenziale ausnutzen zu können.

Die differenzierte Betrachtung von im EU-Ausland tätigen bzw. nicht im EU-Ausland tätigen Unternehmen lässt hierbei deutliche Unterschiede erkennen. Während die Reaktionen der ausschließlich auf den Inlandsmarkt konzentrierten Unternehmen überwiegend stark defensive Strategien mit einer sehr geringen Zunahme von

grenzüberschreitendem Angebot ihrer Dienstleistungen vermuten lassen, forcieren bereits in anderen EU-Mitgliedsstaaten tätige Firmen den Ausbau ihrer Auslandspräsenz und ihrer Position auf internationalen Märkten im Zuge der geplanten Richtlinie. Über ein Drittel dieser Teilnehmergruppe halten neue Kooperationen mit ausländischen Dienstleistungsanbietern, rund 16 % den Aufbau von Niederlassungen im Ausland und 28 % die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten in bereits bedienten Auslandsmärkten als eine Reaktion auf die Umsetzung der Richtlinie für sinnvoll. Lediglich 37,4 % erwägen keine Änderung der zuletzt verfolgten Absatzstrategie.

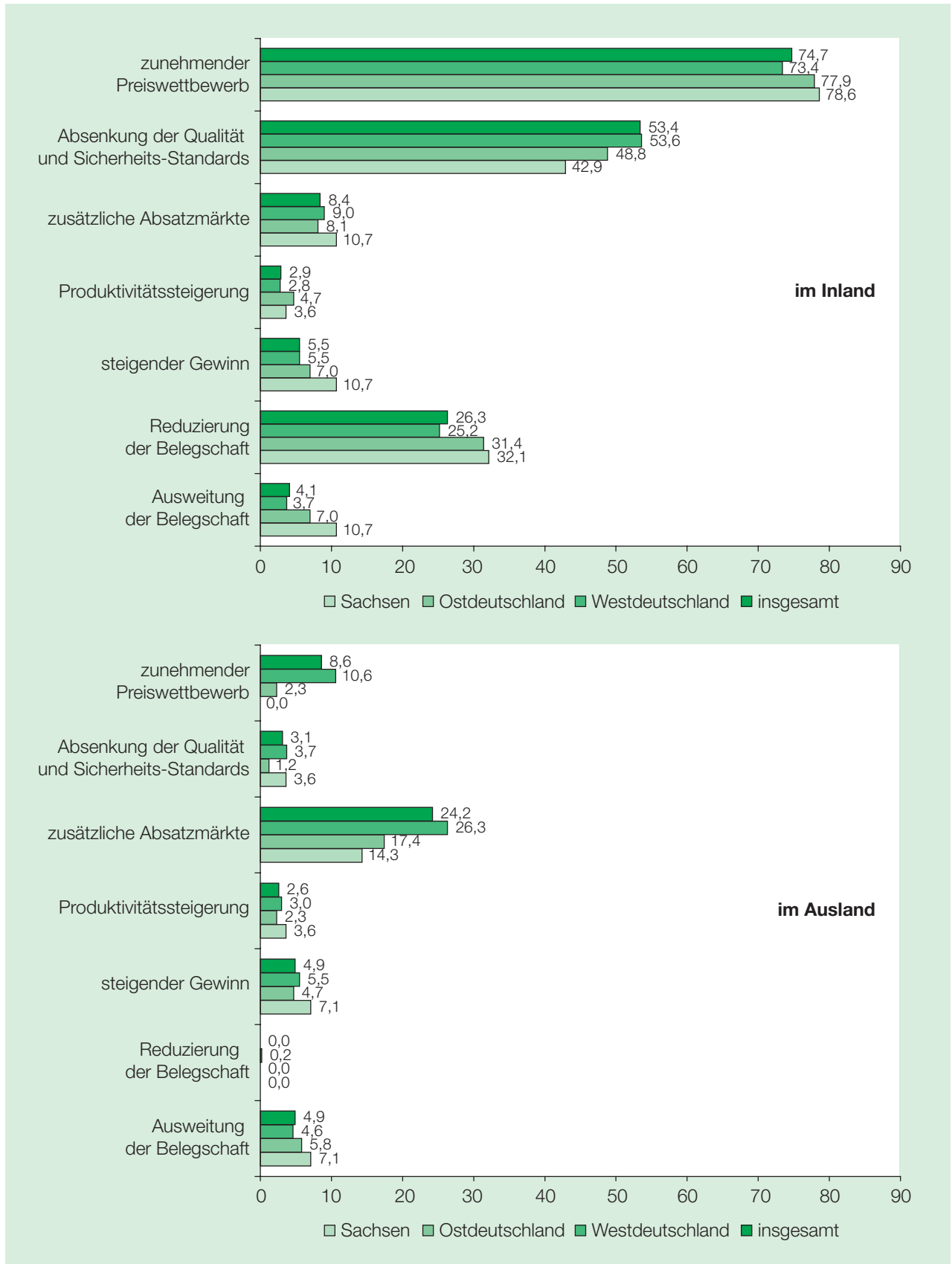
In regionaler Differenzierung der Meldungen zeigt sich, dass die ostdeutschen und sächsischen Unternehmen ein vergleichbares Reaktionsmuster aufweisen wie die Unternehmen aus den alten Bundesländern. Spürbar stärker ausgeprägt ist bei den ostdeutschen Unternehmen die Absicht, Auslandsmärkte mit Hilfe von Kooperationspartnern zu bedienen, eine Strategie, die unter Berücksichtigung der geringen Unternehmensgröße und der damit zusammenhängend knappen personellen und finanziellen Ressourcen sinnvoll erscheint [vgl. hierzu auch GERSTENBERGER et al. (2004)].

Ausländische Konkurrenz macht mobil

Um ein genaueres Bild von dem erwarteten, zunehmenden Wettbewerbsdruck durch ausländische Anbieter zu erhalten, wurden die Unternehmen dazu befragt, aus welchen drei EU-Mitgliedsstaaten sie in den nächsten Jahren ihre wichtigsten Konkurrenten erwarten. Die Ergebnisse belegen erneut den erheblichen Einfluss, den die räumliche Entfernung zum Absatzmarkt auf den internationalen Handel von Dienstleistungen nimmt. Insbesondere aus den angrenzenden Staaten wie Polen, Tschechien, Frankreich, Österreich und den Niederlanden erwarten die deutschen Unternehmen ihre stärksten Konkurrenten. Die einzige Ausnahmeposition nimmt hier Großbritannien ein, welches aufgrund seines bereits stärker entwickelten Dienstleistungssektors die natürlichen Hindernisse erfolgreicher als andere Staaten überwinden kann.

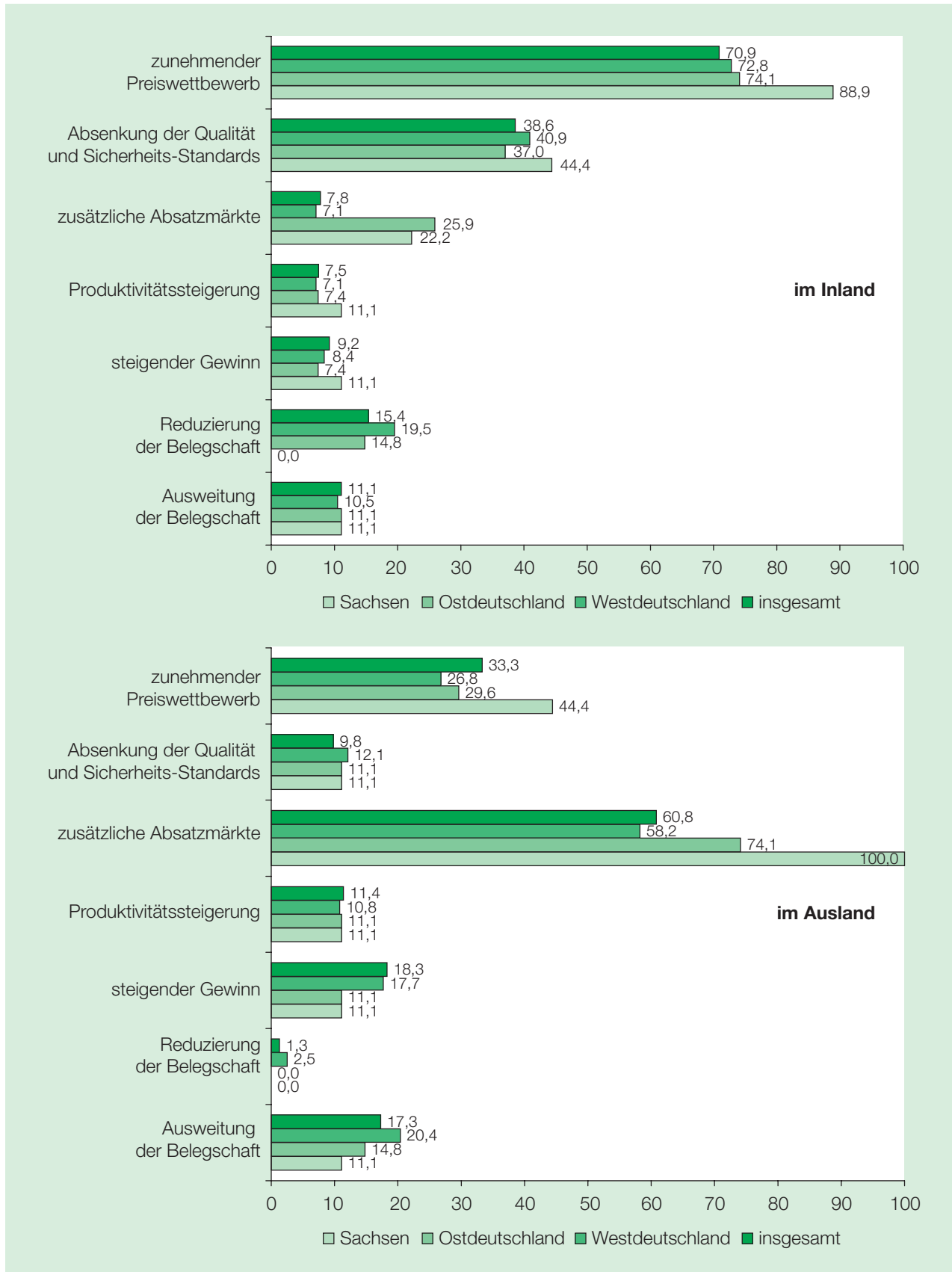
Schwergewichte in der Bewertung der Unternehmen stellen die Niedriglohnkonkurrenten Polen und Tschechien dar, wohingegen die räumlich weiter entfernten neuen Beitrittsländer vergleichsweise selten genannt wurden und somit in den kommenden Jahren von den deutschen Unternehmen allgemein noch nicht als ernste Konkurrenz auf den europäischen Dienstleistungsmärkten gesehen werden. Unter den alten Mitgliedsstaaten dagegen scheint keinem einzelnen Land eine besondere Rolle

Abbildung 2: Von bereits im EU-Ausland tätigen Unternehmen erwartete Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Mehrfachnennungen möglich)



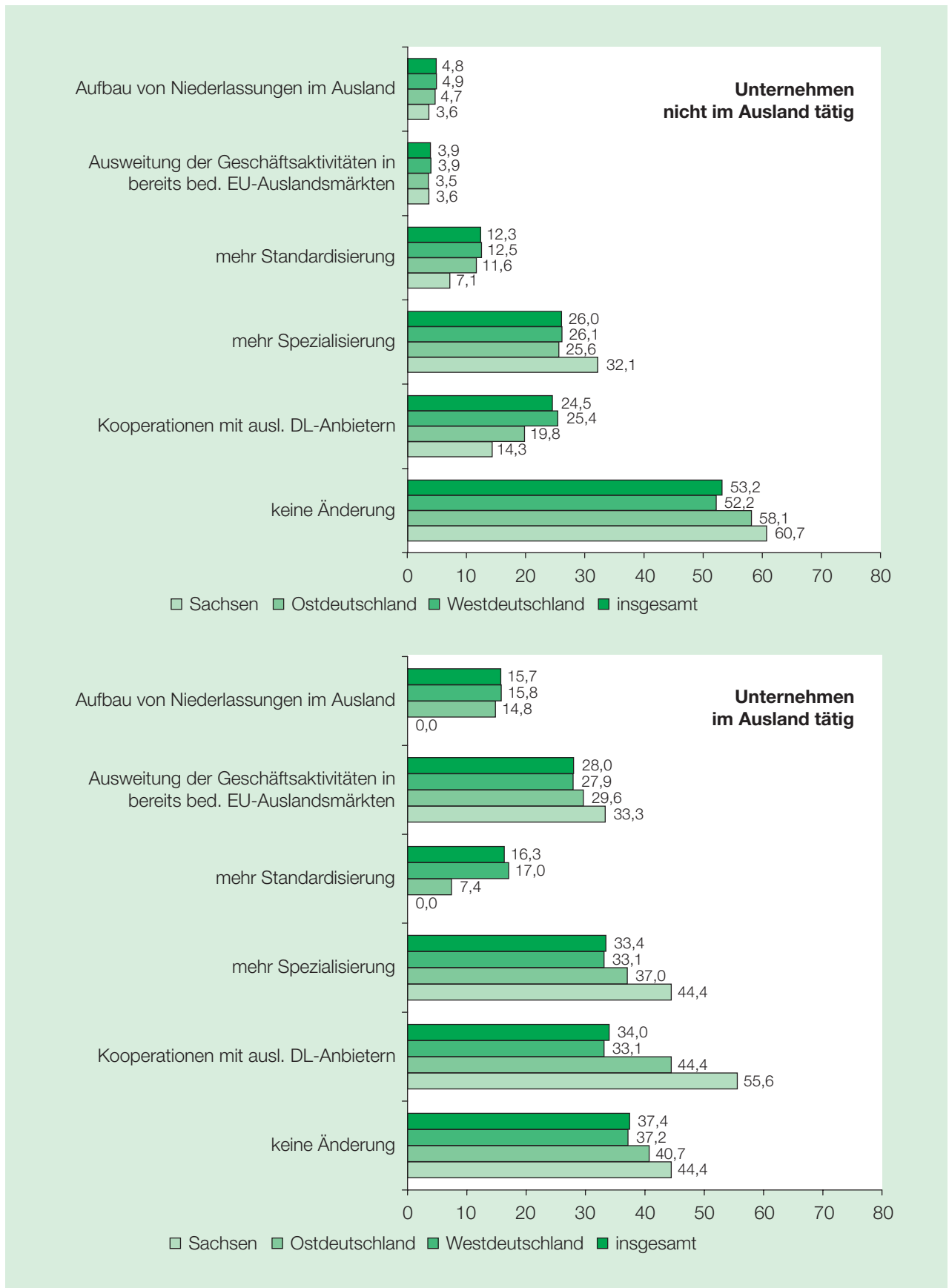
Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie

Abbildung 3: Von noch nicht im EU-Ausland tätigen Unternehmen erwartete Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Abbildung 4: Beabsichtigte Reaktionen auf die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.

im Konzert der Wettbewerber auf den Auslandsmärkten zuzukommen.

Werden die von den Firmen angegebenen Tendenzen bei den voraussichtlichen Vertriebswegen der ausländischen Konkurrenten verglichen, so ist hier ein deutlicher Unterschied zwischen den alten und den neuen Mitgliedsstaaten festzustellen. Während die Wettbewerber aus den Niedriglohnländern stark dahin tendieren werden, ihre Dienstleistungen von ihrem Heimatland aus bzw. grenzüberschreitend anzubieten, wird sich dieses Verhältnis bei einigen alten Mitgliedsländern wie Frankreich, Großbritannien und Italien sehr ausgeglichen gestalten. Ob sich ein ausländischer Dienstleister dazu entscheidet, eine Niederlassung in Deutschland zu gründen, hängt neben rein betriebswirtschaftlichen Faktoren zum einen erheblich von der Art seiner Dienstleistungen ab und zum anderen von der zu überbrückenden Distanz zum deutschen Absatzmarkt.

Die hier erfassten Tendenzen über die voraussichtlichen Vertriebswege sind insbesondere für die Abschätzung der Auswirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf den deutschen Arbeitsmarkt hilfreich. Auch wenn die Zunahme des internationalen Wettbewerbs, unabhängig von den gewählten Vertriebswegen, den Druck auf die direkt betroffenen deutschen Dienstleister erhöhen wird, so sind dennoch von der dauerhaften Niederlassung ausländischer Unternehmen bzw. von den damit verbundenen Investitionen in Deutschland im Gegensatz zu einem rein grenzüberschreitenden Handel auch positive Impulse für die Beschäftigungsentwicklung im deutschen Dienstleistungssektor zu erwarten.

Sächsische Unternehmen votieren ambivalent in ihrer Chancen/Risiken-Einschätzung

Eine abschließende Bewertung der aus einer Vollendung des Dienstleistungsbinnenmarktes aus Sicht der Unternehmen resultierenden Chancen und Risiken fällt aufgrund der bisherigen Analyse eher negativ aus. Von allen Befragungsteilnehmern verbinden rund 40 % mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf ihr Unternehmen zukommende Risiken, während nur jeder Fünfte sich Chancen ausrechnet und etwa ein weiteres Fünftel derzeit noch beide Varianten für möglich hält (vgl. Tab. 4).

Aufgrund ihres existierenden stärkeren Auslandsengagements billigen westdeutsche Unternehmen im Vergleich zu ostdeutschen/sächsischen Firmen einem Dienstleistungsbinnenmarkt eine höhere Chancenträchtigkeit zu, aber der Anteil der eher Risiken antizipierenden Befragungsteilnehmer liegt in West und Ost mit jeweils rund 40 % dicht beieinander. Lediglich die sächsischen Unternehmen sind hier etwas optimistischer eingestellt, was sich auch darin äußert, dass sie deutlich stärker als die Unternehmen in den anderen Regionen die Auswirkungen als ambivalent einschätzen, also eine mögliche Ausgeglichenheit von Chancen- und Risikopotenzial als realistisches Szenario sehen.

Fazit und Ausblick

Wie die Analyse der Befragungsergebnisse gezeigt hat, stellen überwiegend natürliche Barrieren die entscheidenden

Tabelle 4: Chancen/Risiken-Abschätzung bei Einführung der EU-Dienstleistungsrichtlinie aus Sicht der Unternehmen

EU-Dienstleistungsrichtlinie	alle Unternehmen	darunter: Unternehmen aus		
		Westdeutschland	Ostdeutschland	darunter: Sachsen
- bringt eher Chancen	20,5	21,2	14,0	11,1
- bringt eher Risiken	39,3	39,0	39,4	32,5
- bringt gleichermaßen Chancen und Risiken	22,1	21,7	23,2	38,6
- ist für unser Unternehmen nicht relevant	18,2	18,1	23,3	17,8

Quelle: ifo Sonderumfrage zur EU-Dienstleistungsrichtlinie.

den Hemmnisse für eine internationale Dienstleistungserbringung dar. Der Abbau rechtlicher und administrativer Barrieren wird den Anteil der im EU-Ausland tätigen Unternehmen auch beeinflussen, im Wesentlichen jedoch die Ausweitung der Aktivitäten von bereits im Ausland agierenden Dienstleistungserbringern spürbar vorantreiben.

Weitere im Rahmen des ifo/DIW-Gutachtens zum Einsatz gekommene Untersuchungsinstrumentarien (z.B. Firmeninterviews) haben belegt, dass für die Bewertung der Wirkungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie die Unternehmensgröße von zentraler Bedeutung ist. Großunternehmen nahezu aller Dienstleistungszweige sind bereits im Ausland tätig, teilweise dadurch veranlasst, dass deren Kunden sich dort niedergelassen haben und vor Ort betreut werden müssen, teilweise aber auch aufgrund der Realisierung eigener betrieblicher Markterschließungsstrategien. Den überwiegend kleinen Dienstleistungsunternehmen fehlen in den meisten Fällen die für grenzüberschreitende Geschäftsaktivitäten erforderlichen Ressourcen. Generell lässt sich eher festhalten, dass bereits in anderen EU-Mitgliedsstaaten aktive Unternehmen der Dienstleistungsrichtlinie gegenüber positiv eingestellt sind.

Die Verteilung der von den befragten Dienstleistern indizierten Beschäftigungswirkungen lässt den Schluss zu, dass tendenziell mit arbeitsplatzschaffenden Effekten im Zusammenhang mit der Errichtung von Niederlassungen deutscher Unternehmen im Ausland zu rechnen ist. Bei dem mehrheitlich signalisierten Beschäftigtenabbau im Inland muss jedoch der aus den zu erwartenden Gründungsaktivitäten ausländischer Anbieter, die den deutschen Markt aus hier eigens errichteten Niederlassungen bedienen wollen, resultierende Beschäftigungseffekt gegen gerechnet werden. Hinzu kommen noch die mit der Errichtung von Firmenstandorten investitionsinduzierten Effekte, die sich dann vorwiegend im Inland in direkter und indirekter Faktornachfrage niederschlagen werden. Für Deutschland insgesamt liegen die Schätzungen nach einer Studie von COPENHAGEN ECONOMICS (2005) bei 100.000 zusätzlichen Arbeitskräften.

Wie geht es weiter mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie? Am 23. November 2005 hat der federführende Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments in einer mehrstündigen Sitzung über den Vorschlag zur

EU-Dienstleistungsrichtlinie abgestimmt. Im Ergebnis haben für den Beschluss 25 Europa-Abgeordnete gestimmt, zehn Abgeordnete dagegen und fünf weitere haben sich der Stimme enthalten. Die Beratung im Plenum des EU-Parlaments wird am 14. Februar 2006 beginnen. Danach wäre die 1. Lesung des Europäischen Parlaments abgeschlossen und der Ministerrat käme zum Zuge, seinen Beschluss zur Dienstleistungsrichtlinie zu fassen.

Literatur

- COPENHAGEN ECONOMICS (2005): Economic Assessment of the Barriers to the Internal Market for Services, Copenhagen, Dänemark.
- EU-KOMMISSION KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, DOK KOM (2004) 2 endgültig/2, 2004/0001 (COD), SEK(2004)21, 25.02.2004, Brüssel.
- EU-KOMMISSION KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN (2002): Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Der Stand des Binnenmarktes für Dienstleistungen, Brüssel.
- GERSTENBERGER, W. et al. (2004): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen, ifo Dresden Studie 35, München-Dresden.
- HILD, R. et al. (1999): Marktpotentiale für unternehmensbezogene Dienstleistungen im globalen Wettbewerb, ifo Studien zur Strukturforchung 30, München.
- IFO INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG UND DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (2006): Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie, München (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- KOX, H., A. LEJOUR und R. MONTIZAN (2004): The free movement of services within the EU, CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, Den Haag, Niederlande, (mimeo).
- O'TOOLE, R. (2005): The Service Directive – An Initial Estimate of the Economic Impact on Ireland; Forfás, (mimeo).
- WORLD TRADE ORGANIZATION (Hrsg.) (2005): World Trade Report 2005: Exploring the link between trade, standards and the WTO, Genf.

Deutschlandprognose 2006: Aufschwung ist da¹

*zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus**

Überblick

Die Weltwirtschaft hat nach dem Rekordjahr 2004 auch im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate von 4,3 % überdurchschnittlich expandiert. Trotz historisch hoher Rohölnotierungen liegt der ifo Index für das Weltwirtschaftsklima (WES) über dem langjährigen Durchschnitt; zuletzt ist der Indikator sogar leicht gestiegen. In diesem Jahr dürfte die Weltwirtschaft mit unverändert hoher Dynamik kräftig weiter wachsen.

In den **USA** hat die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des vergangenen Jahres zügig expandiert. Obwohl die Fed den Leitzins (Federal Funds Rate) seit Juni 2004 schrittweise auf 4,50 % angehoben hat, sind die monetären Rahmenbedingungen aber immer noch nicht als restriktiv anzusehen. In **Japan** hat die Konjunktur seit den Sommermonaten etwas an Schwung verloren. Die Binnennachfrage expandierte im dritten Quartal 2005 merklich; der Exportüberschuss blieb nahezu konstant. In der **Europäischen Währungsunion** (EWU) hat sich die Konjunktur dagegen im Verlauf des Jahres 2005 spürbar beschleunigt. Haupttriebfeder war die Auslandsnachfrage, befördert durch die letztjährige leichte Abwertung des Euro. Aber auch die Investitionen zogen zuletzt deutlich an. Das Preisklima hat sich im Jahr 2005 ölpreisgetrieben etwas verschlechtert, auf der Verbraucherstufe betrug die Inflationsrate im Durchschnitt 2,2 %.

In **Deutschland** ist die Konjunktur einen Schritt vorangekommen, nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts expandierte das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2005 um 0,9 %. Nach Ausschaltung der unterschiedlichen Zahl von Arbeitstagen war das Tempo mit 1,1 % genauso hoch wie im Jahr 2004.²

Die realen Exporte erhöhten sich mit 6,2 % stärker als die Importe (+5,0 %); die daraus resultierende Zunahme des Außenbeitrags führte zu einem Wachstumsbeitrag in Höhe von 0,7 Prozentpunkten. Die inländische Verwendung trug dagegen nur wenig zum Wirtschaftswachstum bei (+0,2 Prozentpunkte). Der private Konsum stagnierte lediglich, die staatlichen Konsumausgaben gingen sogar um 0,4 % zurück. Auch die Bruttoanlageinvestitionen waren trotz höherer Investitionen in Maschinen (+4,0 %) leicht rückläufig (-0,3 %), da in Bauten deutlich weniger investiert wurde als im Vorjahr (-3,6 %).

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage trostlos. Die Zahl der Erwerbstätigen war nach revidierten Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Jahresdurchschnitt 2005 rückläufig (-0,3 %). Die Zahl der Arbeitslosen, die Anfang 2005 aufgrund der Zusammenlegung

von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen der Hartz-IV-Reform dem Ursprungswert nach auf über 5 Mill. gestiegen war, ist seither primär aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wieder etwas gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2005 belief sie sich auf 4,863 Mill.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im abgelaufenen Jahr beschleunigt; im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich die Inflationsrate auf 2,0 %. Maßgeblich dafür waren die ölpreisbedingte starke Verteuerung von Energieträgern und die abermalige Erhöhung der Tabaksteuer.

Ausblick

Weltwirtschaft: Konjunkturelle Dynamik setzt sich fort

Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2006 lebhaft expandieren. Die Produktion dürfte um etwa 4,5 % zulegen, befördert von einer Stabilisierung der Rohölpreise bei etwa 60 US-Dollar je Barrel. Die Geldpolitik wird an ihrem leicht expansiven Kurs festhalten. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben damit trotz moderat höherer langfristiger Zinsen stimulierend.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird dabei an Breite gewinnen. In den Vereinigten Staaten wird das Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt steigen. Vor allem der Konsum dürfte abflachen, da die Zinsen auf Kredite für private Haushalte zunehmen und der Anstieg der Immobilienpreise allmählich nachlässt. In Japan wird das Bruttoinlandsprodukt weiter steigen; in China dürfte die konjunkturelle Dynamik nahezu unverändert kräftig bleiben. Im Euroraum wird sich die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts beschleunigen. Der Konsum dürfte sich trotz einer verhaltenen Zunahme der real verfügbaren Einkommen etwas erholen. Die Investitionen werden sich bei steigenden Unternehmensgewinnen lebhaft entwickeln. Die bisher dämpfenden Effekte der hohen Ölpreise laufen nach und nach aus. Die Teuerungsrate wird moderat bleiben; die Löhne dürften sich ebenfalls mäßig entwickeln. Die Arbeitslosenquote wird langsam sinken (vgl. Tab. 1).

Die vorliegende Prognose ist jedoch mit einigen Risiken behaftet: Ein neuerlicher anhaltend kräftiger Anstieg des Ölpreises – auch infolge möglicher spekulativer

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Übertreibungen – würde weltweit dämpfend wirken. Zudem dürfte die Geldpolitik durch einen restriktiven Kurs bremsen, falls die Inflation infolge der Energieverteuerung nachhaltig anziehen würde. Noch stärker wird die monetäre Dämpfung ausfallen, sollten die Löhne aufgrund der höheren Inflation beschleunigt zunehmen.

Deutschland: Gesamtwirtschaftlicher Auslastungsgrad steigt

Die deutsche Wirtschaft ist am Jahresanfang 2006 im konjunkturellen Aufschwung. Zugpferd ist die Auslandsnachfrage, die im vergangenen Jahr aufgrund der dynamischen Weltkonjunktur und des wieder günstigeren Euro-Dollar-Kurses eine enorme Schubkraft entfaltet hat. Auch der Investitionsmotor ist nach etlichen Fehlzündungen endlich angesprungen. Allerdings kam der private Konsum bisher immer noch nicht auf die Beine.

In diesem Jahr bleiben die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft gut. Die Exporte werden angesichts des weiter günstigen internationalen Umfelds die weiterhin wichtigste Stütze der Konjunktur sein. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen dürften nicht zuletzt aufgrund der verbesserten Abschreibungsbedingungen merklich expandieren, die Bauinvestitionen werden nicht mehr weiter rückläufig sein. Auch der private Konsum wird sich etwas beleben, in der zweiten Jahreshälfte 2006 gestützt durch das Vorziehen von Käufen aufgrund der avisierten Mehrwertsteueranhebung 2007. Im Jahresdurchschnitt 2006 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7 % steigen, unter Berücksichtigung der abermals geringeren Arbeitstagezahl kalenderbereinigt sogar um 1,9 %. Da das Trendwachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion derzeit bei 1 % liegt, wird der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad spürbar zunehmen. Bei alledem wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur zögernd bessern, im Winter wird die

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

	Gewicht	BIP			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	(BIP)	Veränderungen gg. dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Industrieländer										
EU 25	41,7	2,4	1,6	2,2	2,0	2,1	2,1	9,0	8,7	8,5
Schweiz	1,2	2,1	1,2	1,7	0,8	1,2	0,8	4,4	4,2	4,0
Norwegen	0,8	2,9	3,8	2,8	0,4	1,9	2,1	4,4	4,3	4,1
West- und Mitteleuropa	43,6	2,4	1,6	2,2	1,9	2,1	2,1	8,8	8,5	8,3
USA	38,0	4,2	3,6	3,4	2,7	3,2	3,0	5,5	5,1	4,9
Japan	15,1	2,7	2,3	2,4	0,0	-0,4	0,2	4,7	4,4	4,1
Kanada	3,2	2,9	3,0	3,1	1,8	2,3	2,3	7,2	6,8	6,6
Industrieländer insg.	100,0	3,1	2,5	2,7	1,9	2,1	2,1	6,9	6,5	6,3
Summe der aufgeführten Ländergruppen, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2004 in US-Dollar.										

Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Arbeitslosenzahl voraussichtlich erneut die 5-Millionen-Marke überschreiten. Die Inflationsrate dürfte mit 1,7 % etwas niedriger sein als in diesem Jahr (2,0%; vgl. Tab. 2).

Box: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel steigt in diesem Jahr in einer Größenordnung von 7 %.
- Der Ölpreis (Brent) beträgt im Jahresdurchschnitt 2006 rund 60 US-Dollar pro Barrel, nach etwa 55 Dollar im vergangenen Jahr.
- Der Wechselkurs des Euro liegt im Jahresdurchschnitt 2006 bei 1,20 Dollar je Euro, im Jahr 2005 hatte er sich auf 1,24 belaufen.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) hebt die Leitzinsen in den Sommermonaten 2006 um einen weiteren Viertelprozentpunkt an. Die Kapitalmarktzinsen ziehen im Laufe des Prognosezeitraums wieder etwas an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im Jahr 2006 um 1 1/2 %, nach 1 % im abgelaufenen Jahr.
- Die Finanzpolitik setzt die im Koalitionsvertrag verabschiedeten Maßnahmen um.

Unverminderte Exportdynamik

Die Exporte sind trotz der etwas schwächeren Weltkonjunktur im vergangenen Jahr mit 6,2 % sehr kräftig gestiegen. Die deutschen Exporteure profitierten von der lebhaften Auslandsnachfrage vor allem aus Ländern außerhalb des Euroraums. Insbesondere die erdölexportierenden Länder gaben ihre Petrodollars für deutsche Investitionsgüter aus. Für das laufende Jahr wird mit einer weiter kräftigen Exportdynamik (+7,4 %) gerechnet, zumal der Euroraum konjunkturell an Fahrt gewinnt und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sich weiter leicht verbessern wird.

Die Einfuhr entwickelte sich im Jahr 2005 entsprechend der Ausfuhr. Bei unverminderter Exportdynamik und einer stärkeren Investitionstätigkeit im laufenden Jahr wird die Nachfrage nach ausländischen Gütern merklich zunehmen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie um 6,0 % steigen.

Die Exportpreise haben im Jahr 2005 zum ersten Mal seit 2001 wieder zugenommen (0,6 %). Auch in diesem Jahr werden Preis Anpassungen nach oben in begrenztem Rahmen möglich sein; hier wird mit einem moderaten

Ausfuhrpreisanstieg von 0,9 % gerechnet. Die Einfuhrpreise dürften 2006 aufgrund der vergangenen starken Ölverteuerung um 3,2 % über Vorjahresniveau liegen. Damit werden sich die Terms of Trade im Jahresdurchschnitt um 2,3 % verschlechtern.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Den Unternehmen ist es gelungen, durch den Abbau von Überkapazitäten und Kosteneinsparungen vor allem im Personalbereich ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen und damit die Basis für eine zyklische Erholung zu legen. Die Erfahrung zeigt, dass ein beginnender Investitionsaufschwung zunehmend eine selbst tragende Investitionsdynamik entfalten kann, wenn die während der Konsolidierungsphase zurückgestellten Ersatz- und Modernisierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden. Für das laufende Jahr ist deshalb mit einem verstärkt wachsenden Investitionsvolumen zu rechnen. Einen zusätzlichen Schub könnten auch die von der Bundesregierung geplanten fiskalischen Maßnahmen auslösen. Zu diesen zählt die Erhöhung des degressiven Abschreibungssatzes auf industrielle Anlagen von 20 % auf 30 % von 2006 bis 2007. Insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 2006 mit einem realen Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen um 6 % zu rechnen.

Baunachfrage stabilisiert sich

Die Bauinvestitionen haben sich nach dem kräftigen Einbruch im ersten Quartal 2005 wieder deutlich erholt. Aufgrund des negativen Überhangs lagen sie im Jahresdurchschnitt 2005 aber immer noch um 3,6 % unter dem Vorjahresniveau. Der Abwärtstrend der Bauinvestitionen scheint nunmehr jedoch beendet zu sein. Beim **Wohnungsbau** sorgen die dämpfenden Effekte infolge der Arbeitsplatzunsicherheiten und der schwachen Entwicklung der Realeinkommen zwar nach wie vor für eine negative Grundstimmung. Die durch die Diskussion um die Abschaffung der Eigenheimzulage ausgelöste zusätzliche Nachfrage dürfte aber noch nicht abgearbeitet sein und im laufenden Jahr zu einer Stabilisierung der Wohnungsbautätigkeit führen. Die für 2007 angekündigte Mehrwertsteuererhöhung wird zudem manchen Hauseigentümer veranlassen, Renovierungsvorhaben auf dieses Jahr vorzuziehen. Beim **Wirtschaftsbau** ist dagegen noch keine durchgreifende Besserung eingetreten. Die moderate konjunkturelle Erholung sowie

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2003	2004	2005	2006 ^h
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^a			
Private Konsumausgaben	0,1	0,6	0,0	0,3
Konsumausgaben des Staates	0,1	-1,6	-0,4	-0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,8	-0,2	-0,3	2,9
Ausrüstungen	-0,2	2,6	4,0	6,0
Bauten	-1,6	-2,3	-3,6	0,6
Sonstige Anlagen	3,3	1,8	1,8	3,7
Inländische Verwendung	0,6	0,6	0,2	0,8
Exporte	2,4	9,3	6,2	7,4
Importe	5,1	7,0	5,0	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	-0,2	1,6	0,9	1,7
Erwerbstätige ^b (1000 Personen)	38.700	38.900	38.800	39.000
Arbeitslose (1000 Personen)	4.377	4.381	4.861	4.675
Verbraucherpreise ^c				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	1,6	2,0	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ^d				
- in Mrd. EUR	-86,6	-81,2	-78,0	-73,8
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-4,0	-3,7	-3,5	-3,2
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^e	-64,9	-66,5	-67,3	-68,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum ^f				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	2,1	1,4	2,0
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^g				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,1	2,2	1,9
a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Verbraucherpreisindex (VPI). – d) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – e) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. – f) Angaben für 2005: Schätzung des ifo Instituts. – g) HVPI-EWU (1996= 100). – h) Prognose des ifo Instituts.				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

die hohen Kapazitätsüberhänge im Bereich der Büroimmobilien führten noch nicht zu einer Umkehr des Abwärtstrends. Für dieses Jahr deuten die allmähliche Stabilisierung der Mietpreise bei gewerblichen Immobilien sowie der Anstieg der Baugenehmigungen für Handels- und Lagergebäude darauf hin, dass der Abwärtstrend im Wirtschaftsbau zum Stillstand kommen könnte. Die **öffentlichen Bauinvestitionen** sind im Jahr 2005 wegen der angespannten Haushaltssituation nochmals deutlich gesunken. Im laufenden Jahr dürften die Kommunen – Hauptträger der öffentlichen Bauinvestitionen – infolge zunehmender Gewerbesteuererhebungen und finanzieller Entlastung durch die Hartz-IV-Gesetze allerdings wieder verstärkt Bauvorhaben in Angriff nehmen. Darüber hinaus dürften die steigenden Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die überwiegend in die Verkehrsinfrastruktur fließen sollen, die öffentliche Investitionstätigkeit etwas beleben. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen nach einem Rückgang in Höhe von 3,6 % in diesem Jahr um 0,6 % verhalten zunehmen.

Keine durchgreifende Besserung beim privaten Konsum

Der private Konsum hat das vierte Jahr in Folge enttäuscht; im Jahresdurchschnitt 2005 stagnierte er lediglich auf Vorjahresniveau. Zwar war zu Jahresanfang die dritte und letzte Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft getreten. Allerdings erhöhte sich die Belastung mit Sozialabgaben. Für Kinderlose wurde in der Pflegeversicherung der Beitragssatz um 0,25 Prozentpunkte angehoben. Zudem wurde für Arbeitnehmer zur Senkung der Lohnnebenkosten zur Jahresmitte ein einheitlicher zusätzlicher Beitragssatz in Höhe von 0,9 % in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführt. Da zeitgleich der durchschnittliche Beitragssatz in der GKV in dieser Höhe zurückgenommen wurde, ergab sich für die Arbeitnehmer per Saldo eine Mehrbelastung in Höhe von 0,45 Prozentpunkten. Auch sind die Verbraucherpreise aufgrund der starken Verteuerung von Energieträgern kräftig gestiegen: Alles in allem sind die real verfügbaren Arbeitseinkommen der privaten Haushalte brutto wie netto merklich gesunken. Angesichts der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven erhöhte sich die Sparquote leicht.

Im Jahr 2006 dürften die Bruttolöhne und -gehälter bei leicht steigendem Arbeitsvolumen voraussichtlich wieder zunehmen (+1,2 %), nachdem sie 2005 um 0,3 % gesunken sind. Die Nettobezüge werden wegen der wieder voll greifenden Steuerprogression etwas schwächer zunehmen (0,8 %). Die monetären Sozialleistungen

dürften sogar um 0,3 % sinken. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; durch die weiter rückläufige Zahl an Arbeitslosengeld-I-Empfängern werden zudem die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit an die privaten Haushalte zurückgehen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 1,7 % steigen, real gerechnet stagnieren sie allerdings. Die hohe Sparquote dürfte in der zweiten Jahreshälfte 2006 etwas sinken; die zum 1. Januar 2007 geplante Mehrwertsteueranhebung um 3 Prozentpunkte (beim Normalsatz) dürfte die vorzeitige Anschaffung von langlebigen Gebrauchsgütern befördern. Insgesamt wird hier mit einer Zunahme des realen privaten Konsums um 0,3 % gerechnet.

Nachlassender Preisauftrieb

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im Jahr 2005 merklich beschleunigt. Maßgeblich hierfür waren kräftig anziehende Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Gefolge des Höhenflugs der Rohölnotierungen. Hinzu kamen administrativ verfügte Preiserhöhungen. So wurde im Januar die Kfz-Steuer für wenig schadstoffarme Fahrzeuge angehoben und im September trat die dritte Stufe der Tabaksteuererhöhung zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung in Kraft. Mitte Dezember verteuerten sich die Bahntarife. Im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich die Inflationsrate gegenüber 2004 auf 2,0 %. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug dagegen nur 0,8 %.³

Der Preisauftrieb wird sich im laufenden Jahr allmählich wieder abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme werden zwar noch weiter steigen. Zudem sind Preiserhöhungen für Strom avisiert worden. Auch geht das teurer gewordene Öl sukzessive als Vorleistung in die heimische Produktion ein. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität im Einzelhandel dürften aber die Überwälzungsmöglichkeiten auf der Verbraucherstufe gering bleiben. Aus diesem Grund wird hier nicht damit gerechnet, dass es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung 2007 in größerem Umfang zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommt. Im Jahresdurchschnitt 2006 zeichnet sich wegen des recht hohen Preisüberhangs in Höhe von 0,9 % eine Inflationsrate um 1³/₄ % ab.

Bessere Konjunktur löst Arbeitsmarktprobleme nicht

Die konjunkturelle Erholung hat den Arbeitsmarkt noch längst nicht erfasst. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im Inland, nach einer Zunahme im Jahr 2004, im Jahresdurchschnitt 2005 wieder um 121.000 gesunken. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der nach wie vor anhaltende – wenn auch verlangsamte – Abbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die verstärkte Rückführung der klassischen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM). Zugleich nahm – nach kräftigem Anstieg in den Jahren 2003 und 2004 – auch die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) ab.

Im laufenden Jahr dürfte der Abbau der geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung jedoch nicht mehr mit derselben Geschwindigkeit voran gehen wie noch zuletzt. Die Zahl der Selbstständigen wird angesichts der verbesserten Konjunktur steigen; insgesamt dürfte die Gesamtzahl der Erwerbstätigen leicht zunehmen. Alles in allem bleibt die Entwicklung der Erwerbstätigkeit aber von den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geprägt. Gleichwohl ist eine vorsichtige konjunkturelle Aufhellung erkennbar. Die strukturellen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt wirken weiterhin als Bremsklotz, so dass die günstigere Wirtschaftsentwicklung nicht zu einer nachhaltigen Besserung auf dem Arbeitsmarkt führt. So dürfte im Jahr 2006 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten immer noch um 1 Mill. niedriger als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre sein.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist immer noch stark gekennzeichnet von den Arbeitsmarktreflexen Hartz IV, die zu Beginn des Jahres 2005 in Kraft getreten sind. So war die Arbeitslosenzahl aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in den ersten Monaten sehr stark gestiegen; im weiteren Jahresverlauf ist sie dann stärker gesunken, als es unter rein konjunkturellem Blickwinkel der Fall gewesen wäre. Zwei Faktoren haben dabei die Statistik maßgeblich beeinflusst. Zum einen wurden vermehrt 1-Euro-Jobs geschaffen, was die Arbeitslosenzahlen kräftig minderte. Zum anderen wurden erst ab September ehemalige Sozialhilfeempfänger, die sich bei einer so genannten „optierenden Kommune“ arbeitslos gemeldet haben, in der Statistik offiziell miterfasst. Alles in allem belief sich im Jahresdurchschnitt 2005 die amtliche Zahl der Arbeitslosen auf 4,861 Mill., nach 4,381 im Jahr 2004.

Im laufenden Jahr wird die Arbeitslosenzahl weiter sinken, zunächst befördert durch die Schaffung weiterer Zusatzjobs. Dieser Effekt kommt jedoch in der Mitte des

Jahres zum Stillstand, danach dürfte die konjunkturelle Besserung greifen. Im Jahresdurchschnitt 2006 könnte die Arbeitslosigkeit bei rund 4,67 Mill. liegen.

Weiterhin angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 2005 nicht wesentlich entspannt. Zum vierten Mal in Folge ist das Maastricht-Defizitkriterium verletzt worden. Die gegenüber 2004 leicht gesunken Defizitquote betrug 3,5 %.

Eine nachhaltige Besserung der Finanzlage ist auch in diesem Jahr nicht zu erwarten: Die Bundesregierung hat sich erst für das Jahr 2007 das Ziel gesetzt, das 3 %-Defizitkriterium des Maastricht-Vertrags einzuhalten. Im Jahr 2006 soll die Wirtschaft „angekurbelt“ werden, damit 2007 bei einem erhofften selbsttragenden Aufschwung das Defizitkriterium ohne Abwürgen des Wirtschaftswachstums eingehalten werden kann. Daher wird es im laufenden Jahr zu finanziellen Mehrbelastungen des Staatshaushalts durch expansive Maßnahmen (wie die Ausweitung der seit Jahren rückläufigen öffentlichen Investitionen) kommen, während die meisten Einsparungen und Abgabenerhöhungen erst ab 2007 wirksam werden. Auch die Maßnahmen des „Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung“ (insbesondere die aus der erweiterten steuerlichen Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen resultierenden Kosten sowie die verbesserten Abschreibungsregeln) werden sich erst im Rahmen der steuerlichen Veranlagung, also frühestens 2007, auswirken.

Bei den Staatseinnahmen schlagen 2006 insbesondere der Anstieg der Steuereinnahmen und der starke Zuwachs der empfangenen Vermögenseinkommen zu Buche. Letzterer resultiert aus einem höheren Bundesbankgewinn, der ein Volumen von 2,5 Mrd. Euro erreichen wird. Die Sozialbeiträge werden dagegen nur sehr schwach zunehmen, obwohl erstmals seit 2001 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder steigen dürfte. Allerdings spart der Staat bei den Rentenversicherungsbeiträgen für Arbeitslosengeld-II-Empfänger etwa 1,5 Mrd. Euro.

Die Staatsausgaben dürften 2006 nahezu auf Vorjahresniveau verharren. Maßgeblich hierfür ist die rückläufige Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die die Personalausgaben weiter sinken lässt. Zudem plant die neue Bundesregierung für das kommende Jahr bei der öffentlichen Verwaltung Einsparungen von knapp 1 Mrd. Euro, die zur Hälfte aus der Halbierung des Weihnachtsgeldes für Bundesbeamte und Beamte des Bundeseisenbahnvermögens resultieren sollen. Der Restbetrag soll durch

Sparmaßnahmen bei den Sachkosten der öffentlichen Verwaltung erzielt werden. Dies hat zur Folge, dass die Vorleistungen im Jahr 2006 kaum ansteigen. Leicht sinken werden auch die staatlichen Transferzahlungen. So werden für Empfänger von Arbeitslosengeld II die Rentenversicherungsbeiträge gekürzt. Die Renten werden erneut nicht angehoben und die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung werden abermals zurückgehen. Alles in allem dürfte sich die Defizitquote im Jahr 2006 auf 3,2 % belaufen, das Defizitkriterium wird erneut verletzt.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Staatshaushaltes ist derzeit noch nicht sichtbar, da die Lösung fundamentaler Probleme der sozialen Sicherung in die Zukunft verschoben wurde und bei der Haushaltskonsolidierung primär auf Steuer- und Abgabenerhöhungen gesetzt wird, was sich sogar kontraproduktiv auswirken kann. Darüber hinaus sind die bisher geplanten Einsparungen halbherzig. Problematisch ist auch das Verschieben einer Unternehmenssteuerreform auf das Jahr 2008, ohne dass wenigstens die bereits im Rahmen des Jobgipfels

vereinbarten Maßnahmen zur Stärkung des Standortes Deutschland (insbesondere die Senkung des Körperschaftsteuersatzes) zeitnah umgesetzt würden. Lediglich eine Reform des Erbschaftsteuerrechts scheint schon für 2006 geplant. Damit ist bei der Finanzpolitik immer noch nicht der erforderliche klare Kurs erkennbar.

- ¹ Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2005, vgl. G. Flaig, W. Nierhaus, A. Dehne, A. Gebauer, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, W. Meister, M. Ruschinski und T. Wollmershäuser, ifo Konjunkturprognose 2006: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung, in: ifo Schnelldienst, 24/2005, S. 14–53.
- ² Nach dem in Deutschland üblicherweise verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 ein negativer Impuls auf das reale BIP von 0,2 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des realen BIP kann der Kalendereinfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).
- ³ Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus

Mittelfristige Perspektiven der Ost-West-Konvergenz

Michael Berlemann und Marcel Thum*

Die Deutsche Wiedervereinigung war stets ein offizielles Ziel der westdeutschen Politik. Offenbar war der Glaube an die Realisierung dieses Projekts jedoch so gering, dass es vor 1989 kaum systematische Überlegungen gab, wie ein solches Vorhaben konkret umgesetzt werden könnte. Als sich nach dem Fall des eisernen Vorhangs die historische Chance zur Deutschen Wiedervereinigung ergab, entwickelte sich eine kurze aber intensive Debatte über den besten Weg der politischen und ökonomischen Integration der beiden Teile Deutschlands. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der befürchteten Wanderungsströme von Ost- nach Westdeutschland setzte sich letztendlich die Meinung durch, dass eine sehr schnelle Realisierung von politischer und ökonomischer Integration geboten sei.

Hohe Erwartungen nach der Wiedervereinigung

Die Erwartungen der Bevölkerung im Hinblick auf eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse waren ausgesprochen hoch, nicht zuletzt deswegen, weil der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl versprach, in Ostdeutschland würden innerhalb weniger Jahre „blühende Landschaften“ entstehen. Auch die meisten Ökonomen erwarteten einen stetigen Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland, verfügte Ostdeutschland doch im Vergleich zu vielen anderen Transformationsstaaten über eine recht gute Startposition. So bot z. B. das aus Westdeutschland weitgehend übernommene Rechtssystem einen sehr viel stabileren institutionellen Rahmen als dies in den osteuropäischen Transformationsstaaten der Fall war. Auch konnten die ostdeutschen Regionen auf massive finanzielle Unterstützungsleistungen bauen, die es in diesem Ausmaß in keinem anderen Land der Erde gegeben hat. Auch wenn sich Ökonomen zumindest anfänglich weitgehend darüber einig waren, dass sich die Wirtschaftsleistung und die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an die des Westens angleichen würden, so bestanden doch erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Erwartungen, wie lange dieser Prozess in Anspruch nehmen würde [vgl. THIMANN, 1995, S. 34–43].

Einige Ökonomen prophezeiten, dass der Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland schnell abgeschlossen werden würde. Die vom größten Optimismus gezeichnete Prognose stammt von

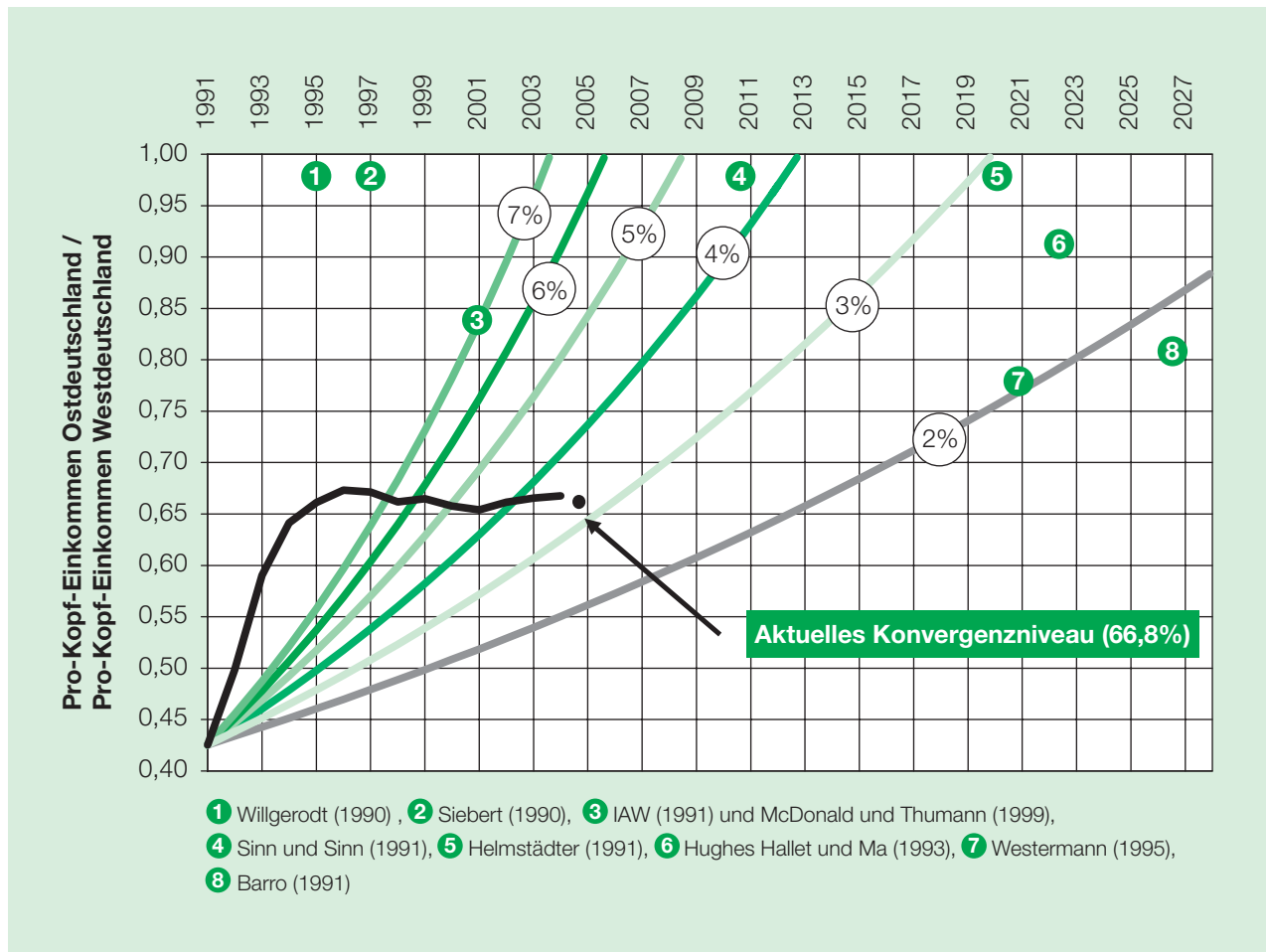
WILLGERODT, der in einer Studie für die Bundesregierung prognostizierte, dass Ostdeutschland das westdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt innerhalb von nur 3 bis 5 Jahren erreicht haben könnte [vgl. THIMANN, 1995, S. 34]. Ähnlich optimistisch schätzte SIEBERT (1990) die Geschwindigkeit des Konvergenzprozesses ein, indem er von einem Zeitraum von 5 bis 10 Jahren ausging. Das INSTITUT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1991) wiederum war nur geringfügig vorsichtiger und erwartete, dass im Jahr 2000 Ostdeutschland zumindest 80 % des Westdeutschen Niveaus erreicht haben könnte. Eine Studie von McDONALD und THUMANN (1991) kam zu demselben Ergebnis.

Nicht alle Ökonomen waren derartig optimistisch. SINN und SINN (1991) argumentierten ähnlich wie HELMSTÄDTER (1991), dass es zwischen 20 Jahren und einer Generation dauern dürfte, bis Ostdeutschland das westdeutsche Niveau erreicht haben könnte. HUGHES HALLET und MA (1993) prognostizierten 30 bis 40 Jahre für diesen Prozess, WESTERMANN (1995) rechnete mit einem Niveau von 80 % des westdeutschen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts nicht vor dem Jahr 2025. Die wohl pessimistischste Prognose stammt von BARRO und SALA-I-MARTIN (1991), die von einer Konvergenzperiode von mehr als 70 Jahren ausgingen.

In Abbildung 1 sind einige alternative Konvergenzszenarien grafisch dargestellt. Im Jahr 1991 betrug das ostdeutsche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 42,5 % des westdeutschen Niveaus. Ausgehend von 1991 sind verschiedene Konvergenzprozesse eingezeichnet, die sich bei jährlichen Wachstumsraten des ostdeutschen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts von 2 bis 7 % ergeben hätten. Dabei liegt diesen Szenarien die Annahme zugrunde, das westdeutsche Niveau würde jeweils um 1,8 % wachsen [diese Annahme wurde von THIMANN (1995) übernommen]. So würde beispielsweise eine jährliche Wachstumsrate des ostdeutschen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts von 3 % implizieren, dass der Konvergenzprozess im Jahr 2020 hätte abgeschlossen sein können. Zum Vergleich sind in der Abbildung auch die bereits beschriebenen Prognosen verschiedener Ökonomen eingezeichnet.

* Dr. Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden. Prof. Dr. Marcel Thum ist Geschäftsführer von ifo Dresden und gleichzeitig Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft, an der TU Dresden.

Abbildung 1: Anfängliche Erwartungen über Dauer des Konvergenzprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland und alternative Konvergenzscenarien



Quellen: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, die Darstellung ist an THIMANN (1995), Abbildung 2, S. 38, angelehnt. Den eingezeichneten Kurven liegt die Annahme zugrunde, dass das Westdeutsche Pro-Kopf-Einkommen mit einer jährlichen Rate von 1,8 Prozent wächst.

Stillstand im Konvergenzprozess?

Auch die tatsächliche Entwicklung des Konvergenzprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland seit 1991 ist in Abbildung 1 eingezeichnet. Waren die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung noch von starkem Aufholwachstum Ostdeutschlands gezeichnet, so kam der Konvergenzprozess seit Mitte der 90er Jahre zu einem Stillstand (vgl. hierzu auch Abb. 2). Im Jahr 2004 hatte Ostdeutschland gerade einmal 66,8 % des westdeutschen Pro-Kopf-Einkommens erreicht, obwohl das Aufholen sogar durch die zeitweise doch recht massiven Abwanderungsbewegungen in Richtung Westen begünstigt wurde.

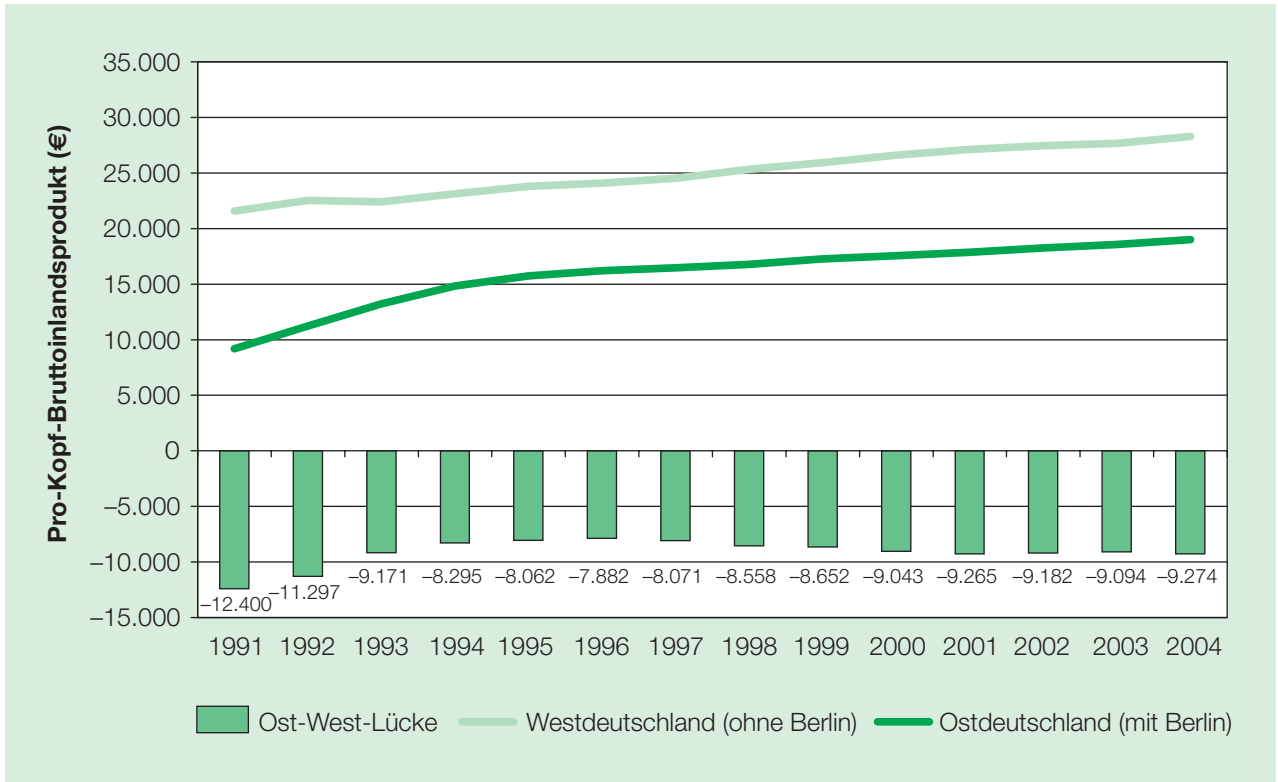
In Anbetracht dieser Entwicklung sind inzwischen vielerorts Zweifel entstanden, ob es überhaupt langfristig zu einer Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland kommen wird.

Struktureller Anpassungsbedarf als Bremse für den Konvergenzprozess

Ein wichtiger Teil der Antwort, warum der Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland Mitte der 90er Jahre seine anfängliche Dynamik verlor, liegt in der strukturellen Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung begründet. Nach der Wiedervereinigung wurden mit Hilfe von Finanztransfers immense Anstrengungen unternommen, die marode Infrastruktur zu erneuern und auszubauen sowie die dringend renovierungsbedürftigen Bauten instandzusetzen. Dies erzeugte in der ostdeutschen Wirtschaft einen Boom des Baugewerbes und der hiermit eng verbundenen Industriebereiche (vgl. Abb. 3).

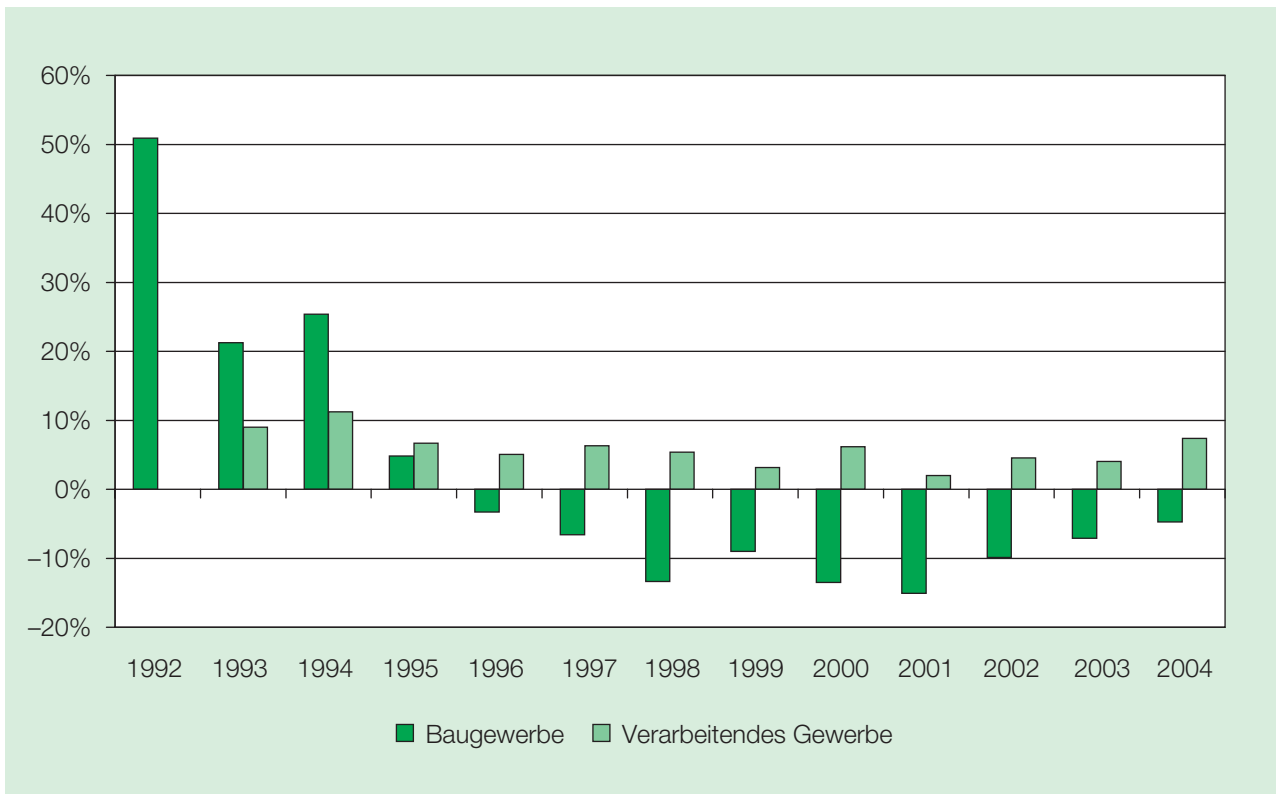
Dieser Boom manifestierte sich auch in einem kräftigen Anstieg des Anteils des Baugewerbes an der gesamten ostdeutschen Bruttowertschöpfung zu Beginn

Abbildung 2: Konvergenzfortschritt zwischen Ost- und Westdeutschland, 1992–2004



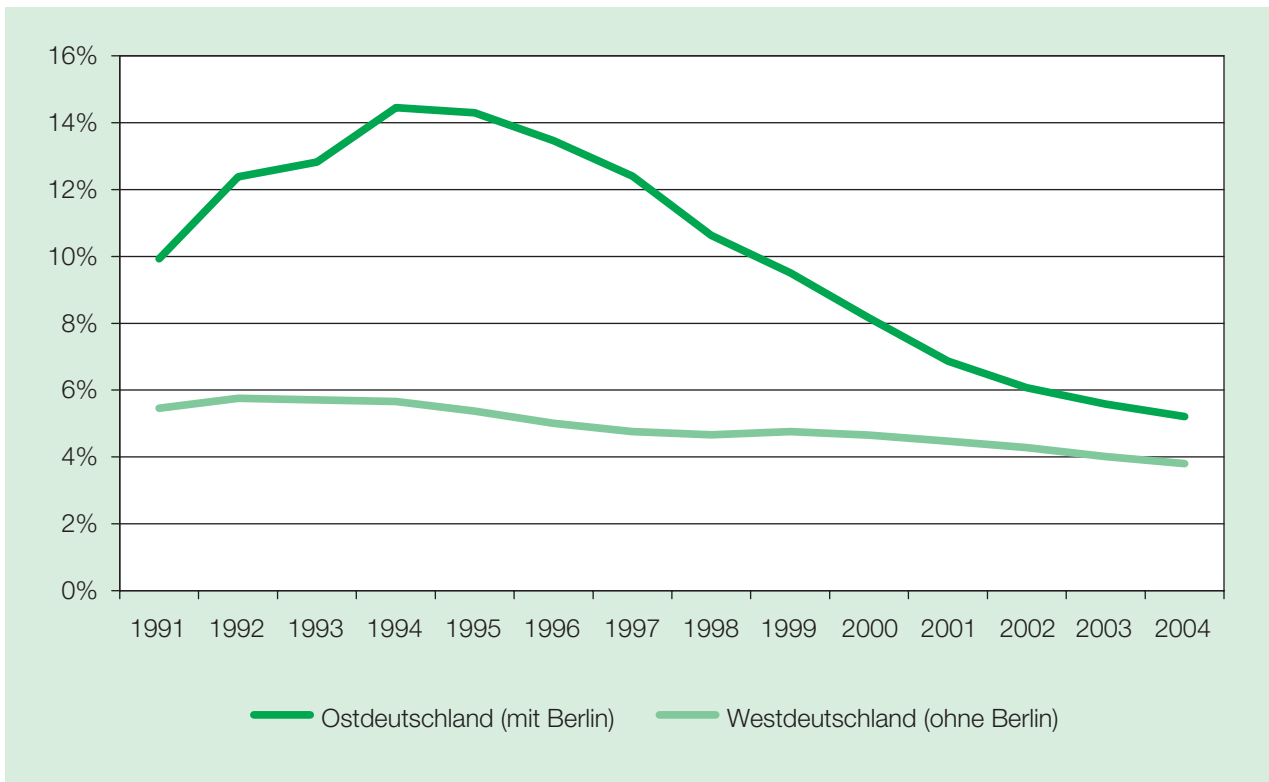
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Daten des Arbeitskreises VGR der Länder.

Abbildung 3: Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung des ostdeutschen Baugewerbes und des verarbeitenden Gewerbes, 1992-2004 (einschließlich Berlin)



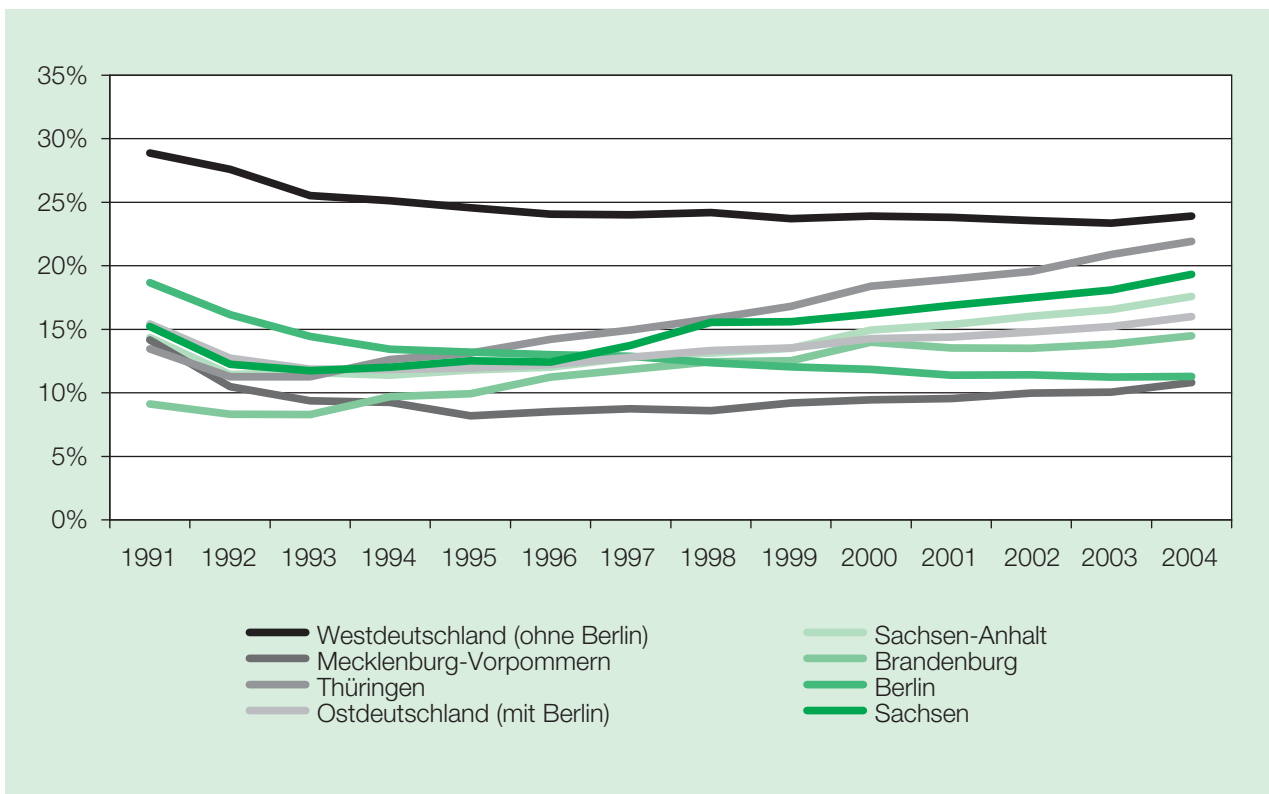
Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Daten des Arbeitskreises VGR der Länder.

Abbildung 4: Anteil des Baugewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent, 1991–2004



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Daten des Arbeitskreises VGR der Länder.

Abbildung 5: Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent, 1991–2004



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts auf Basis von Daten des Arbeitskreises VGR der Länder.

der 90er Jahre. So wuchs der Anteil des Baugewerbes auf zwischenzeitlich mehr als 14 % an, wohingegen die Bauwirtschaft in Westdeutschland weniger als 6 % zur gesamten Bruttowertschöpfung beitrug (vgl. Abb. 4). Während diese Entwicklung prinzipiell typisch für Transformationsstaaten ist, war sie in Deutschland besonders ausgeprägt. Der Grund hierfür war, dass die Arbeiten an Infrastruktur und Bauten mit massiven Finanztransfers aus Westdeutschland finanziert werden konnten. In keinem anderen Transformationsstaat der Welt standen für diese Zwecke auch nur annähernd so viele Mittel zur Verfügung.

Mitte der neunziger Jahre begann ein bis heute anhaltender Schrumpfungsprozess der ostdeutschen Bauwirtschaft. Dieser Prozess ist unvermeidlich, sind doch die Rekonstruktion und Ausbau der Infrastruktur und Renovierung von Bauten inzwischen so weit fortgeschritten, dass das diesbezügliche Investitionsvolumen merklich zurückgegangen ist. Somit ist zu erwarten, dass die relative Bedeutung der ostdeutschen Bauwirtschaft etwa auf das westdeutsche Niveau schrumpfen wird, das derzeit bei etwa 4 % liegt. Vor diesem Hintergrund muss konstatiert werden, dass das Ausmaß der Konvergenz zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland zu Beginn der 90er Jahre wesentlich überzeichnet war und faktisch stark durch die zwischenzeitlich boomende Bauwirtschaft getragen wurde. Dass dieser Boom nicht ewig würde anhalten können, war absehbar.

Weiterhin deutliche regionale Unterschiede

Nicht zu erwarten ist weiterhin, dass sich die regionalen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland vollständig nivellieren werden. Auch innerhalb Westdeutschlands oder anderer Flächenstaaten gibt es bedeutende und persistente regionale Disparitäten [vgl. z. B. LEBMANN (2005)]. Tatsächlich entwickeln sich die ostdeutschen Bundesländer insbesondere im industriellen Sektor recht unterschiedlich. Während sich der Anteil der Bruttowertschöpfung, den der industrielle Sektor in den Freistaaten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zur gesamten Bruttowertschöpfung beiträgt, zunehmend den westdeutschen Durchschnittswerten annähert, gilt dies zumindest für Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nur sehr begrenzt (vgl. Abb. 5).

Hoffnung auf Rückkehr zu einem dynamischen Konvergenzpfad?

Der unvermeidliche Strukturanpassungsprozess der Bauwirtschaft lag seit Mitte der 90er Jahre wie ein schwerer

Ballast auf dem ostdeutschen Wachstum. Durch die negativen Wachstumsbeiträge dieses Wirtschaftszweiges wurde die prinzipiell günstige und sehr viel stetigere Entwicklung des industriellen Sektors überschattet. Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, entwickelte sich die Bruttowertschöpfung der Industrie im ostdeutschen Schnitt in jedem Jahr seit 1991 positiv. Über den gesamten Betrachtungszeitraum von 1991 bis 2004 wuchs die nominale Bruttowertschöpfung der ostdeutschen Industrie um 75,1 %, wohingegen die westdeutsche lediglich um 14,0 % zulegte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Industrie einen Schlüsselsektor darstellt, dessen Wachstum typischerweise auch ein Wachstum im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen nach sich zieht, sind die mittelfristigen Konvergenzperspektiven Ostdeutschlands besser, als es bei Betrachtung der aggregierten Zahlen den Anschein hat.

Gelingt es Ostdeutschland, den stetigen Aufwärtstrend im industriellen Sektor zu halten und kommt der strukturelle Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft demnächst zu einem Ende, so kann der Konvergenzprozess wieder etwas an Fahrt aufnehmen. Es wäre allerdings unrealistisch zu glauben, dass dies auch nur annähernd in der Geschwindigkeit stattfinden könnte, die zu Beginn der 90er Jahre beobachtet wurde. Die damalige Entwicklung war vorrangig durch den – staatlich alimentierten – Boom der Bauwirtschaft und der hiermit eng verbundenen Wirtschaftsbereiche getragen. Tatsächlich ist nur mit einer langsamen Konvergenz zu rechnen. Damit es zu einer solchen Konvergenz in Zukunft wieder kommen kann, wird es für Ostdeutschland zudem wichtig sein, frühzeitig auf die Konsequenzen des absehbaren demographischen Wandels und das in Zukunft absinkende Transfervolumen zu reagieren [vgl. BERLEMANN und THUM (2005)].

Literatur

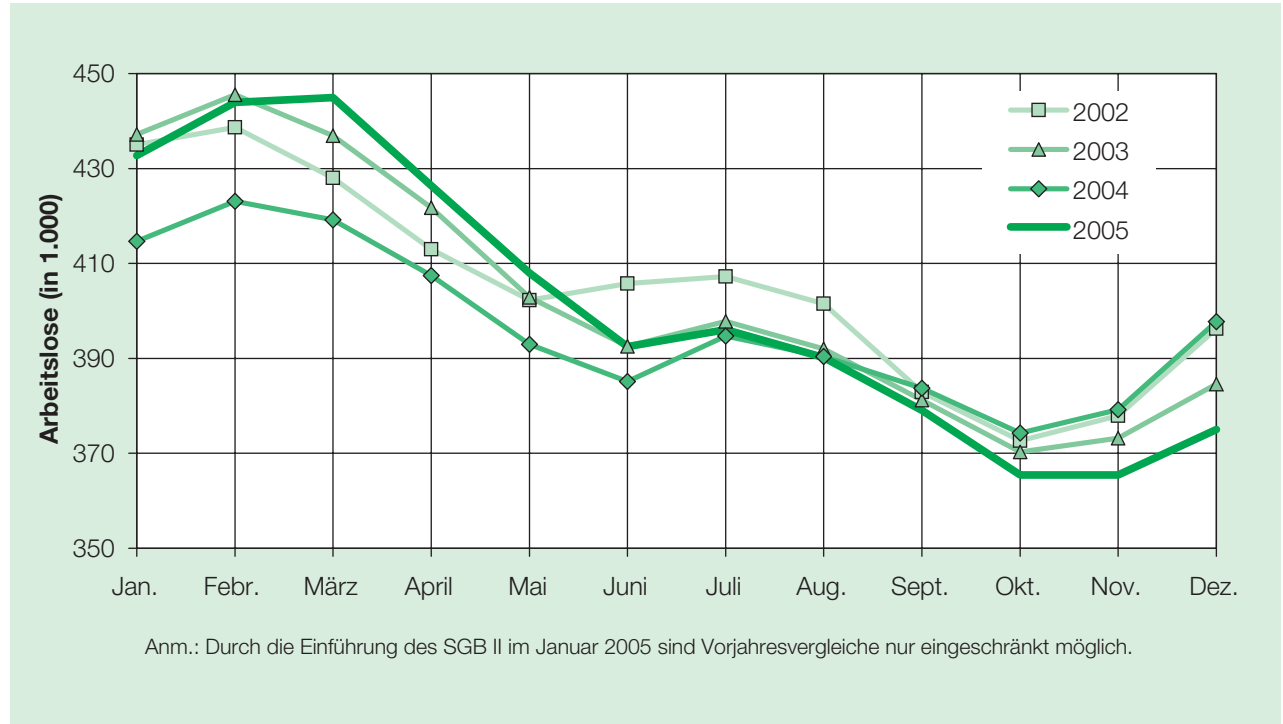
- BARRO, R. und X. SALA-I-MARTIN (1991): *Convergence Across States and Regions*, Brookings Papers on Economic Activity 1, S. 107–158.
- BERLEMANN, M. und M. THUM (2005): *Blooming Landscapes in East Germany?*, CESifo Forum 4/2005, S.16–22.
- HELMSTÄDTER, E. (1991): *Ostdeutschland wird erst in Jahrzehnten Produktivitätsanschluss gefunden haben*, Handelsblatt 182, 20./21. September.
- HUGHES HALLETT, A. und Y. MA (1993): *East Germany, West Germany and their Mezzogiorno Problem: An Empirical Investigation*, Economic Journal 103, S. 416–428.

- INSTITUT FÜR ANGEWANDTE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (1991): Die ostdeutsche Wirtschaft 1990/1991, 22. Oktober.
- LEBMANN, C. (2005): Regionale Disparitäten in Deutschland und ausgesuchten OECD-Staaten im Vergleich, ifo Dresden berichtet 3/2005, S. 25–33.
- MCDONALD, D. und G. THUMANN (1990): Investment Needs in East Germany, in: L. Lipschitz and D. McDonald (Eds.), German Unification – Economic Issues, Washington, IMF, Occasional Papers 75, S. 71–77.
- SIEBERT, H. (1990): Lang- und kurzfristige Perspektiven der deutschen Integration, Die Weltwirtschaft 1/1990, S. 49–59.
- SINN, H.-W. und G. SINN (1991): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, Tübingen.
- THIMANN, C. (1995): Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Tübingen.
- WESTERMANN, T. (1995): Das Produktionspotenzial in Ostdeutschland, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier 4/95, August.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

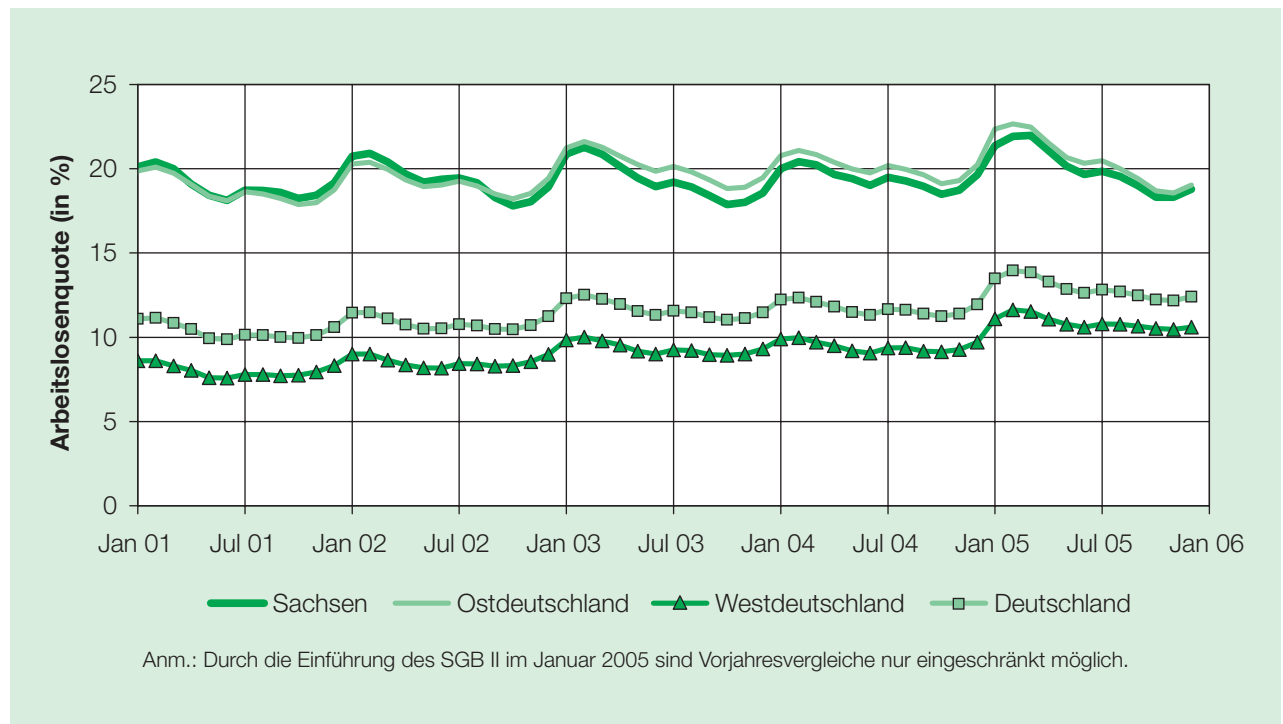
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2002 bis 2005)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2001 bis 2005)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen ^b			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c		
	Okt. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	713	712	729	13	16	6	13	14	26
Mecklenburg-Vorp.	513	512	516	13	14	4	19	20	15
Sachsen	1.358	1.355	1.390	16	21	8	23	25	41
Sachsen-Anhalt	742	738	753	11	13	4	15	16	22
Thüringen	722	720	740	11	13	6	11	12	24
D Ost (mit Berlin)	5.073	5.063	5.178	84	100	33	97	105	155
D West (ohne Berlin)	21.539	21.558	21.645	310	321	192	153	166	226
D gesamt	26.612	26.621	26.822	394	422	225	250	270	381

Arbeitslosigkeit ^d									
	Arbeitslose (in 1.000 P.)			Arbeitslosenquote ^e (in %)			Langzeitarbeitslose ^f (in % der Arbeitslosen)		
	Dez. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dez. 2005	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	224	217	250	18,3	17,7	20,3	50,9	51,4	43,9
Mecklenburg-Vorp.	166	158	192	20,4	19,5	23,2	40,5	42,4	42,4
Sachsen	375	365	398	18,8	18,3	19,6	46,4	46,9	44,9
Sachsen-Anhalt	232	224	266	19,6	19,0	22,1	47,0	47,8	45,8
Thüringen	192	186	210	17,1	16,6	18,5	41,1	41,9	40,9
D Ost (mit Berlin)	1.486	1.450	1.602	19,0	18,6	20,2	44,9	45,5	43,6
D West (ohne Berlin)	3.120	3.081	2.862	10,6	10,5	9,7	37,3	37,2	36,3
D gesamt	4.606	4.531	4.464	12,4	12,2	11,9	39,8	39,8	38,9

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (inkl. traditionelle Strukturpassungsmaßnahmen) und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. – d) Vergleiche zum Vorjahresmonat wegen Einführung des SGB II nur eingeschränkt möglich. – e) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – f) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

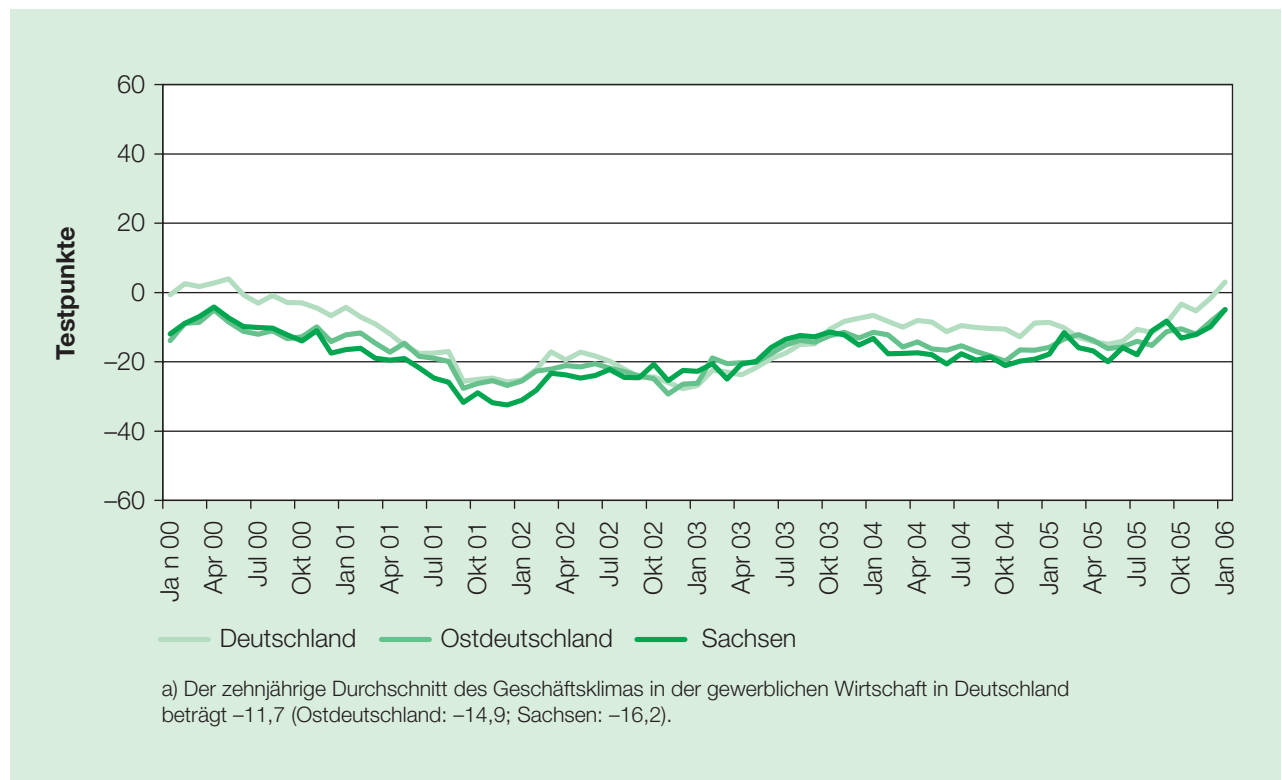
Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE). Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

$GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$. Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

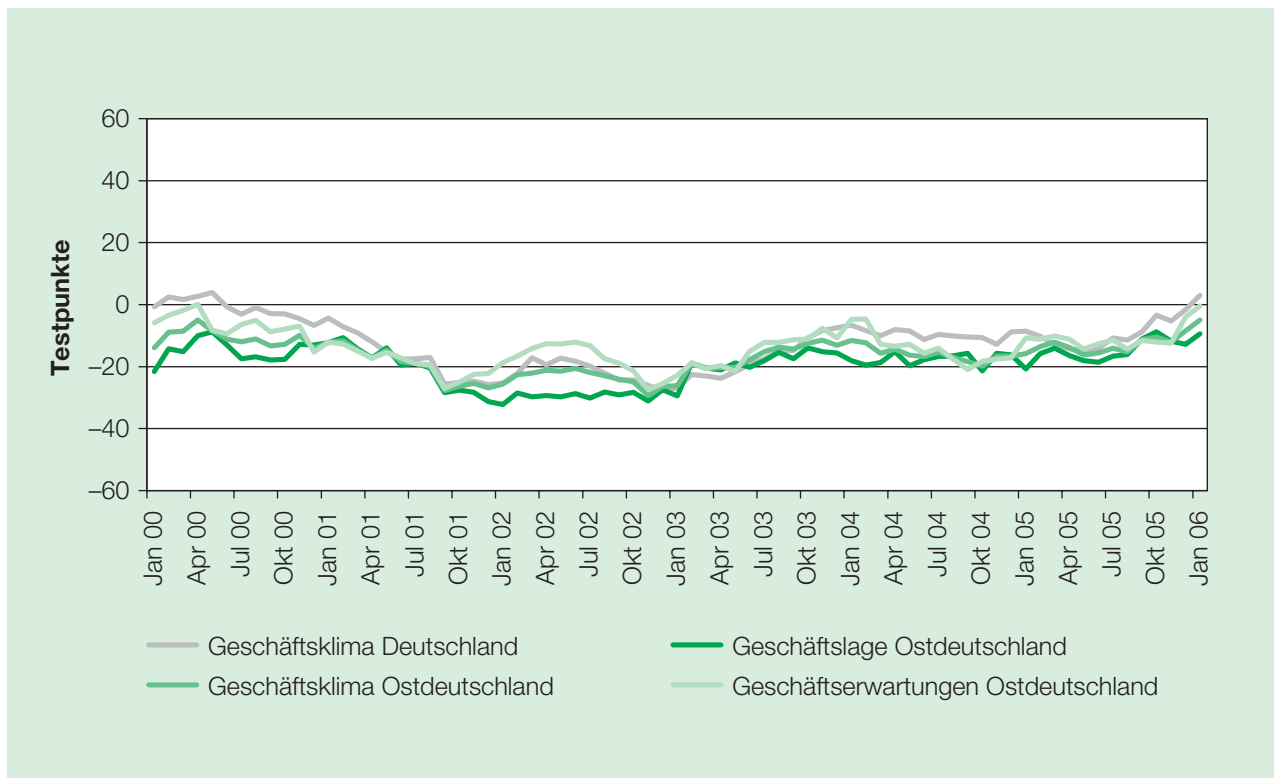
Das ifo Geschäftsklima basiert auf zirka 7.000 monatlichen Meldungen. Die Anzahl der ostdeutschen Teilnehmer beträgt rund 1.400. Zirka 600 Meldungen kommen aus Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

**Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen**



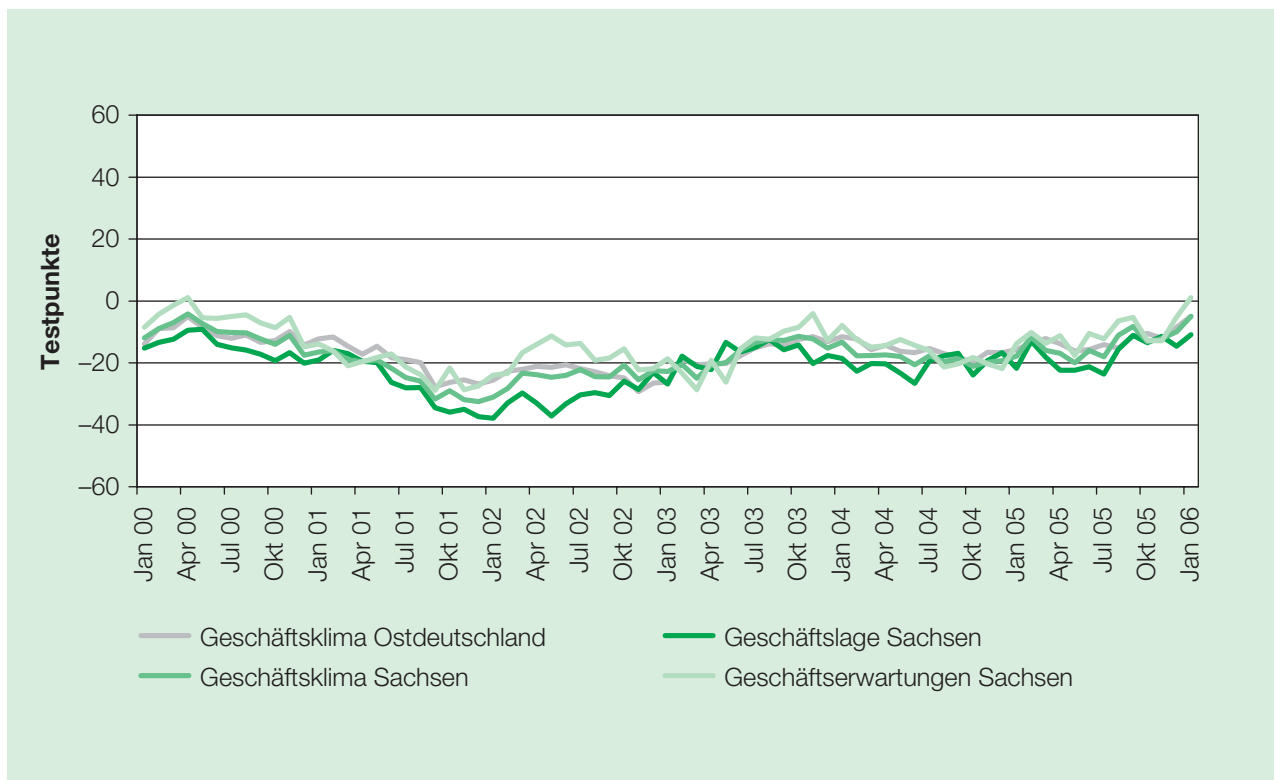
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**

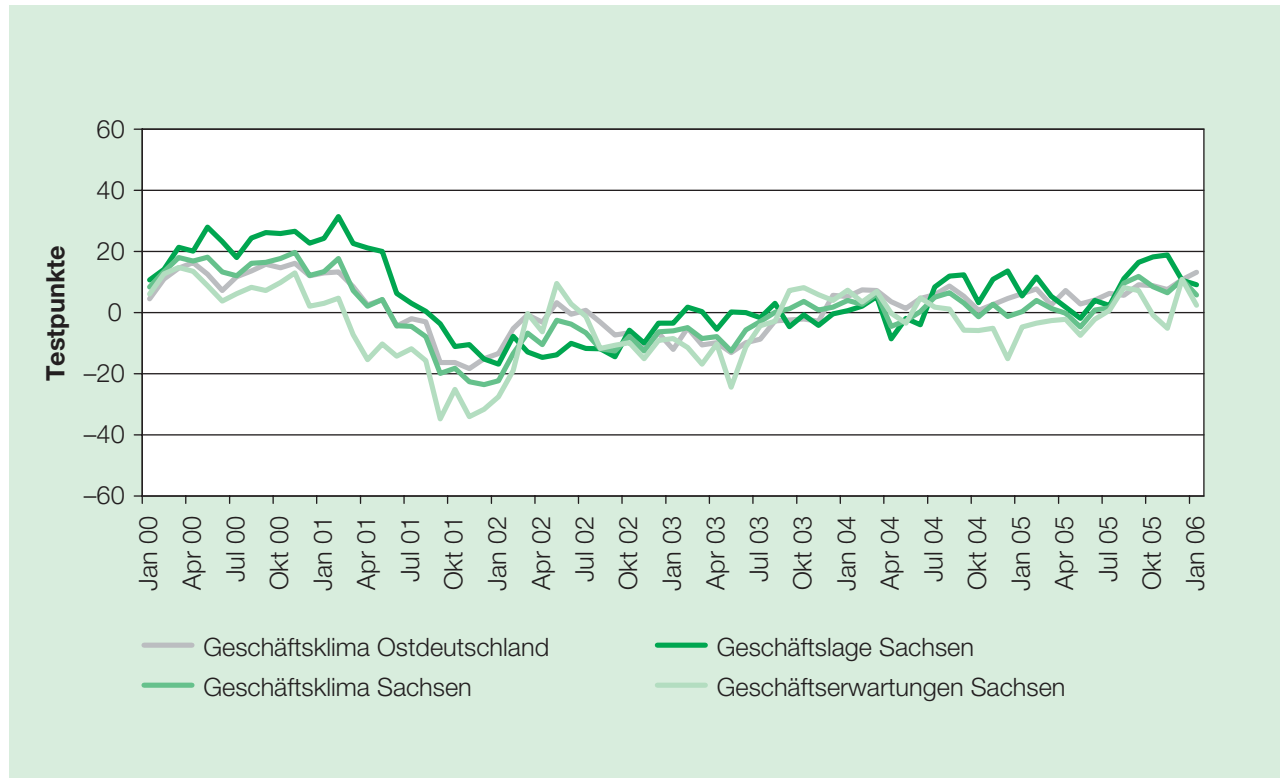


Quelle: ifo Konjunkturtest.

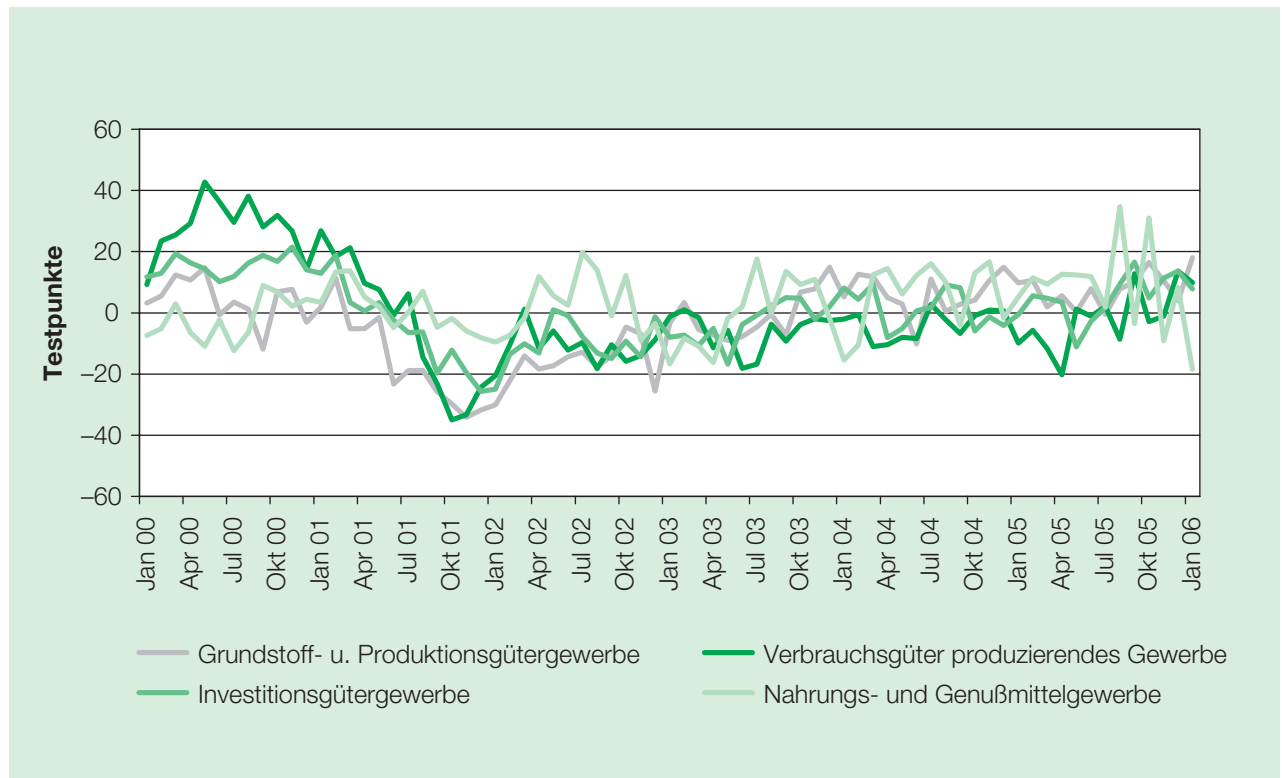
**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

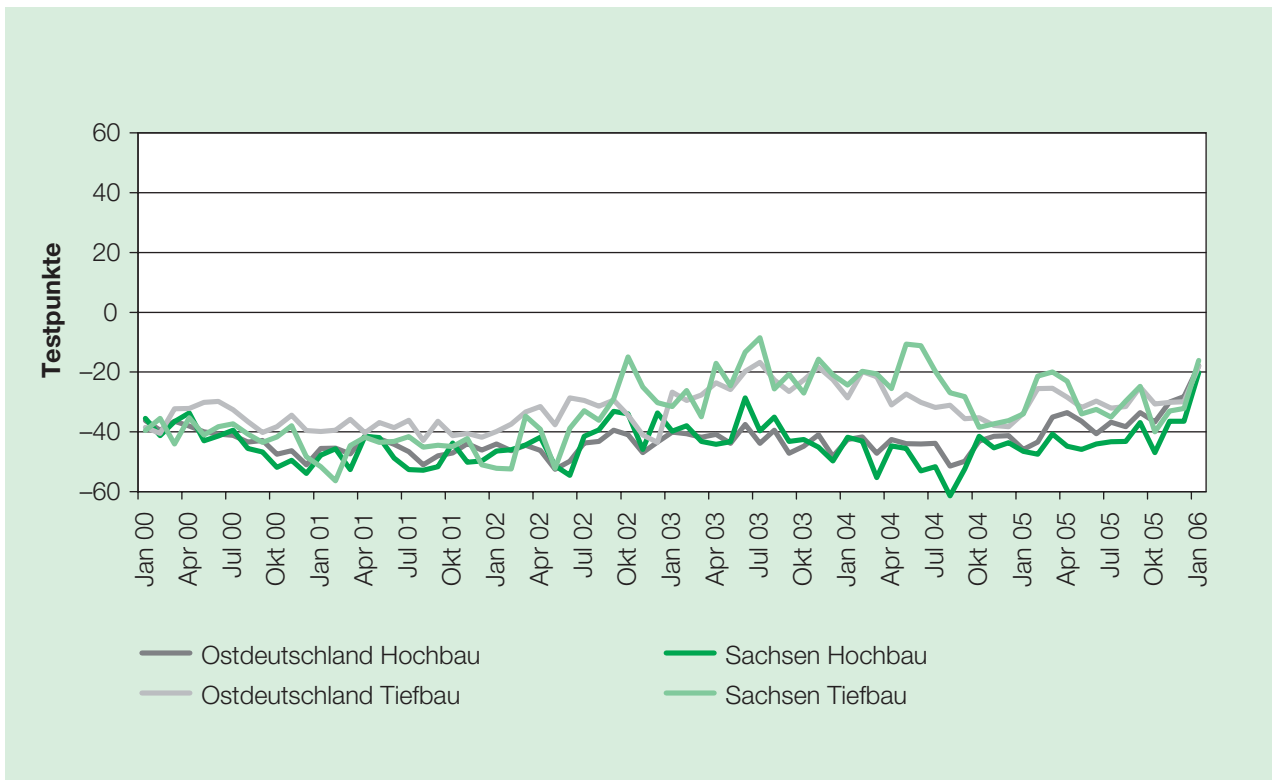
Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen**Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)**

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima**Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen**

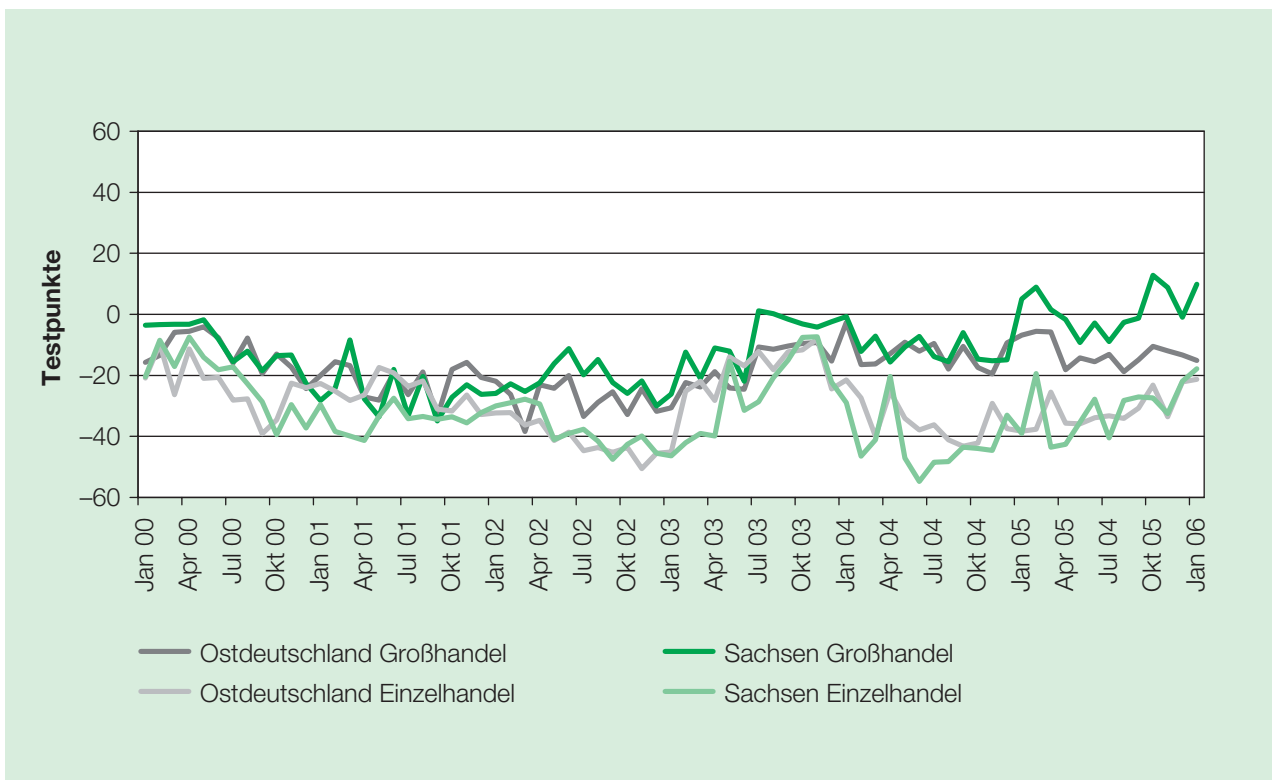
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **2. und 3. Dezember 2005** fand in Budapest eine wissenschaftliche Tagung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, und des ungarischen Instituts für Weltwirtschaft (IfW) statt. Das Thema der Konferenz lautete „Nach der EU-Osterweiterung: Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und Standorte in Mittel- und Osteuropa“. Durch die Teilnahme von Referenten aus Deutschland, Tschechien und Ungarn konnten aktuelle wirtschaftliche Probleme und Herausforderungen jeweils aus Sicht eines Landes dargestellt werden. Von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts trugen Sabine Engelmann, Beate Grundig, Christian Leßmann, Carsten Pohl sowie Prof. Dr. Marcel Thum vor. Die wissenschaftliche Tagung wurde durch die Thyssen-Stiftung finanziell unterstützt.

Am **21. Dezember 2005** tagte der Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung stellte Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, zunächst die aktuelle Deutschlandprognose des ifo Instituts vor. Anschließend berichtete Dr. Wolf-Dieter Speich vom Statistischen

Landesamt Sachsen über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2005. Daran anknüpfend stellte Antje Weyh vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Regionalbüro Sachsen die Arbeitsmarktentwicklung vorrangig für Sachsen für das abgelaufene Jahr vor. Marcus Kunz, ebenfalls vom IAB Sachsen, berichtete über das Vorgehen und aktuelle Ergebnisse bei der Arbeitslosigkeitsprognose. Schließlich stellten Dr. Michael Berlemann, Beate Schirwitz und Gerit Vogt, Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts, die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für das Jahr 2006 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich Ende Juni stattfinden.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** referierte am **18. Januar 2006** Wolfgang Marzin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Leipziger Messengesellschaft, zum Thema „Messen als Spiegel der Wirtschaft“. In seinem Vortrag ging Herr Marzin sowohl auf die aktuelle Messelandschaft in Deutschland als auch auf die Herausforderungen für die Messe Leipzig ein. Anschließend stellt er sich den Fragen der interessierten Zuhörer.

ifo Vorträge

Am **15. Dezember 2005** nahm Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, an einer Diskussionsrunde des MDR zum Thema „Ökonomische und soziale Folgen der zunehmenden Globalisierung“ teil.

Im Rahmen des Mittagsseminars an der TU Dresden referierte am **19. Dezember 2005** Carsten Pohl, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, zum Thema „Immigration and Location“.

Am **21. und 22. Dezember 2005** fand im ifo Institut in München die alljährliche „ifo Konferenz zur Vorbereitung referierter Artikel“ statt. Aus der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts stellten dabei drei Mitarbeiter ihre aktuellen Forschungsarbeiten vor. Christian Leßmann referierte zum Thema „Decentralization and Regional Disparity: A Panel Data Approach for OECD Countries“. Carsten Pohl stellte sein Arbeitspapier „Educational Achievements of Second Generation Immigrants in Germany“ vor.

Anschließend hielt Beate Grundig einen Vortrag zum Thema „Labour Force Participation of German Women – A Logit Model of Extensive Labour Supply Decision“.

Am **16. Januar 2006** hielt Christian Leßmann, Doktorand bei ifo Dresden, im Mittagsseminar der TU Dresden einen Vortrag zum Thema „Regionale Disparitäten und Dezentralisierung – Eine Paneldatenanalyse für OECD Staaten“.

Im Rahmen des Graduiertenseminars der Technischen Universität Dresden hielt am **17. Januar 2006** Beate Grundig, wissenschaftliche Mitarbeiterin von ifo Dresden, einen Vortrag zum Thema „Ökonomische Analyse der Frauenerwerbsbeteiligung“.

Am **23. Januar 2006** trug Sabine Engelmann, Doktorandin bei ifo Dresden, im Mittagsseminar der TU Dresden zum Thema „International Trade, Technological Progress and Wage Inequality in Germany“ vor.

ifo intern

Seit **1. Februar 2006** verstärkt Mandy Kriese als Doktorandin das Team der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. Frau Kriese hat Volkswirtschaftslehre an der

Technischen Universität Dresden studiert und wird sich am ifo Institut in erster Linie mit der ökonomischen Analyse des demographischen Wandels befassen.